



<http://www.laender-analysen.de/russland/>

AUF DEM WEG ZU DEN DUMAWAHLEN

■ WAHLBEOBACHTUNG		
Ein Projekt zur Information über den Verlauf der russischen Parlamentswahlen		2
Assoziation »Zur Verteidigung der Rechte der Wähler GOLOS«		2
■ WAHLBEOBACHTUNG		
Die Besonderheiten des russischen Parteiensystems und die Grenzen des gelenkten Parteienwesens		3
Alexander Kynew, Moskau		
■ WAHLBEOBACHTUNG		
Die russische Gesetzgebung über die Wahlen zur Staatsduma		8
Arkadij Ljubarew, Moskau		
■ WAHLBEOBACHTUNG		
Warum eigentlich Wahlen?		10
Jens Siegert, Moskau		
■ DOKUMENTATION		
Übersicht der zur Dumawahl am 4. Dezember zugelassenen Parteien		13
■ UMFRAGE		
Wahlen und Parteien in Umfragen		16
■ CHRONIK		
Vom 7. bis zum 20. Oktober 2011		21

Ein Projekt zur Information über den Verlauf der russischen Parlamentswahlen

Am 4. Dezember 2011 finden in Russland Parlamentswahlen statt, am 4. März 2012 Präsidentschaftswahlen. Den Wahlen 2003/2004 hat die OSZE erhebliche Mängel attestiert, die Parlamentswahlen 2007 und die Präsidentschaftswahlen 2008 wurden nicht von der OSZE beobachtet, da keine Einigung über das Mandat der Mission zwischen der OSZE und der russischen Seite erzielt werden konnte. Das Interesse der internationalen Gemeinschaft an verlässlichen Informationen zur Qualität des derzeit laufenden Wahlprozesses in Russland und an einer damit verbundenen Einschätzung der Legitimität des zu wählenden Parlaments ist daher hoch.

Der *Europäische Austausch*, Berlin hat deshalb eine Zusammenarbeit mit der russischen Nichtregierungsorganisation *GOLOS* initiiert. Dieses Projekt wird von der *Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde (DGO)* und der *Heinrich Böll Stiftung* unterstützt. Im Ergebnis dieser Kooperation werden die Russland-Analysen und der Russian Analytical Digest in den kommenden Wochen regelmäßig Hintergrundberichte über die Wahlen veröffentlichen. Grundlegend sind die Berichte und Analysen der Experten des russlandweit agierenden Netzwerks einheimischer Wahlbeobachter *GOLOS* sowie die Etappenberichte der regionalen Langzeitwahlbeobachter des Netzwerks.

Bereits am 1. September 2011 hat *GOLOS* in 48 Regionen der Russischen Föderation eine Langzeitbeobachtung aller relevanten Etappen des Wahlprozesses begonnen. Diese umfasst die Registrierung der Parteien und deren Kandidaten, die Zusammensetzung der Wahlkommissionen, die Wahlkampfperiode und den Einsatz administrativer Ressourcen bis hin zu Stimmabgabe und Stimmauszählung. Während des Wahlkampfes wird ein von *GOLOS* gegründetes Medienzentrum die Berichterstattung der Medien auswerten. Am Wahltag selbst werden über 2.500 einheimische Kurzzeitwahlbeobachter von *GOLOS* die Abstimmung und die Auszählung der Stimmen in den Wahllokalen überwachen und dokumentieren.

Der *Europäische Austausch* mit Sitz in Berlin setzt sich für die Stärkung der Zivilgesellschaften in den östlichen Nachbarländern der Europäischen Union ein und unterstützt seit 2007 Netzwerke einheimischer parteiunabhängiger Wahlbeobachtung in Belarus, Moldau und der Ukraine. Gemeinsam mit der *Heinrich Böll Stiftung* und der *DGO* organisiert er bis zum Wahltag den englisch- und deutschsprachigen Versand der Wahlbeobachtungsberichte von *GOLOS*. **Subscribe unter** info@european-exchange.org

Weiterführende und immer wieder aktualisierte Informationen zu den Wahlen in Russland finden Sie auf folgenden Webseiten:

www.golos.org

<http://www.kartanarusheniy.ru/>

www.european-exchange.org

<http://blog.boell-net.de/blogs/russland-blog/default.aspx>.



Europäischer Austausch
European Exchange

HEINRICH
BÖLL
STIFTUNG

Assoziation »Zur Verteidigung der Rechte der Wähler GOLOS«

Die Assoziation »Zur Verteidigung der Rechte der Wähler GOLOS« ist eine der führenden russischen Nichtregierungsorganisationen. Sie organisiert seit 2.000 unabhängige einheimische Wahlbeobachtungen in der Russischen Föderation und setzt sich für die Rechte der Wählerinnen und Wähler ein. Heute arbeitet sie in 48 Regionen Russlands. *GOLOS* tritt für ehrliche, freie und transparente Wahlen ein und ist als oberstes Gebot politischer Neutralität verpflichtet. *GOLOS* setzt sich für die Aufklärung von Wählerinnen und Wählern ein, bietet die Möglichkeit, per Telefon und Internet Informationen zum Wahlvorgang zu erhalten und Unregelmäßigkeiten des Wahl-



prozesses zu melden. Seit elf Jahren organisiert *GOLOS* – bei bisher vier föderalen und Hunderten regionaler Wahlen – professionelle Lang- und Kurzzeitwahlbeobachtungen.

Aufgaben und Ziele von *GOLOS* sind:

- Der Erhalt und die Entwicklung der Institutionen der Bürgergesellschaft in der Russischen Föderation
- Die Stärkung der Rolle zivilgesellschaftlicher Organisationen und aktiver Bürgerinnen und Bürgern im politischen Entscheidungsprozess auf föderaler Ebene und, im Rahmen der lokalen Selbstverwaltung, in der Russischen Föderation
- Die Durchführung von freien und ehrlichen Wahlen und die öffentliche Kontrolle des Wahlprozesses
- Die Erarbeitung von Vorschlägen zur Verbesserung der Wahlgesetzgebung
- Die Aufklärung von Bürgerinnen und Bürgern über die Wahlgesetzgebung in der Russischen Föderation

Seit dem 1. September 2011 führt *GOLOS* eine Langzeitbeobachtung des Wahlprozesses der Abgeordneten der Staatsduma und der am 4. Dezember 2011 gleichzeitig stattfindenden regionalen und lokalen Wahlen in 48 Regionen durch. Am Wahltag selbst werden 2.500 von *GOLOS* ausgebildete Korrespondenten den Wahlprozess in den Wahllokalen beobachten. In Zusammenarbeit mit »Gazeta.ru« hat *GOLOS* eine Webseite zur Dokumentation von Verletzungen des Wahlablaufs aufgebaut (<http://www.kartanarusheniy.ru/>), Bürgerinnen und Bürger können Verstöße gegen die Wahlordnung auch telefonisch oder per SMS an *GOLOS* melden. *GOLOS* veröffentlicht im Lauf der Langzeitbeobachtung zwei Zwischenberichte und einen Bericht über die Beobachtungen am Wahltag selbst. Abschließend veröffentlicht *GOLOS* einen analytischen Bericht über den gesamten Wahlverlauf.

WAHLBEOBACHTUNG



Europäischer Austausch
European Exchange

HEINRICH
BÖLL
STIFTUNG

Die Besonderheiten des russischen Parteiensystems und die Grenzen des gelenkten Parteienwesens

Alexander Kynew, Moskau

Zusammenfassung

In Russland gibt es keine Parteien im traditionellen westlichen Verständnis, da die Parteien wegen des Fehlens vollwertiger parlamentarischer Institutionen und der mangelnden Gewaltenteilung nicht normal existieren und funktionieren können. Parteien in Russland sind mit denen in westlichen Systemen daher nur bedingt zu vergleichen. Sie sind schwach und verfügen selten über eine stabile Identität. Dennoch stellen sie gesellschaftliche Netzwerke dar, die spezifische Wählergruppen mobilisieren können. Das gegenwärtige Parteiensystem entstand als Ergebnis einer umfassenden Reform des Wahlrechts und der Parteiengesetzgebung, die unter Wladimir Putin auf den Weg gebracht wurden. Kontrolle durch den Staat ist ein dominierendes Element. Die Exekutive hat sich praktisch das Exklusivrecht über die Entscheidung gesichert, wer zu Wahlen der Vertretungskörperschaften zugelassen wird – und wer nicht. Die Parteien sind somit praktisch »unter die Fuchtel« der staatlichen Bürokratie geraten. In der Praxis jedoch wirken sich jedoch die Widersprüche zwischen den Interessengruppen im Zentrum und in den Regionen aus. Das scheinbar gelenkte Parteiensystem könnte also sehr schnell Veränderungen erfahren, wenn sich die allgemeine politische oder wirtschaftliche Situation im Lande verändert.

Der Zustand des Parteiensystems

Das russische Parteiensystem kann nicht als Analogie zu den Parteien im Westen gelten. Doch es wäre ein Fehler, das russische Parteiensystem als eine völlige Fiktion anzusehen, in der die Parteien lediglich dekorative Gebilde sind.

Die Parteien in Russland sind schwach, ihre innere ideologische Identität wirft große Fragen auf, und den-

noch stellen sie spezifische soziale Netzwerke dar, die über Kernwählerschaften unterschiedlicher Stabilität, Geschlossenheit und Zahlenstärke verfügen.

Die entscheidenden Gründe für den Zustand des derzeitigen Parteiensystems in Russland sind in den Besonderheiten der staatlichen Institutionen des Landes zu sehen. Der Prozess einer natürlichen Evolution des Par-

teiensystem in den 1990er Jahren wurde durch die außerordentlichen Ereignisse im Oktober 1993 unterbrochen, und das Parlament des Landes danach durch die Verfassung von 1993 von Anfang an der traditionellen Funktionen eines Parlamentsberaubt, während ein parteiloser Präsident über praktisch unbegrenzte Vollmachten verfügt.

Dieses System, in dem die Macht bei der auf personalistischem Fundament ruhenden Exekutive liegt, hat in vielerlei Hinsicht die Bedingungen für den allmählichen Niedergang gesellschaftlicher Strukturen, die Entartung des Instruments der Wahlen, die schrittweise Beseitigung freien politischen Wettbewerbs und das Entstehen eines »gelenkten Parteienwesens« geschaffen.

In einer Situation, in der die Repräsentativorgane über keine reale Macht verfügen, verlieren die Parteien in den Augen der Bürger ihre reale Existenzberechtigung, ungeachtet der 1993 eingeführten Mischung aus Mehrheits- und Verhältniswahlrecht und dem 2007 erfolgten Übergang zum reinen Verhältniswahlrecht bei den Wahlen zur Staatsduma. Unter diesen Bedingungen, wo es den Parteien ganz offensichtlich unmöglich ist, ihre Programme umzusetzen, verwandelt sich der Wettbewerb zwischen den Parteien aus einem Kampf der Ideen und Programme in einen Kampf um Parlamentsposten und Mandate, und die programmatische und ideologische Konfrontation gerät zur Imitation. Eine solche Imitation erzeugt ein weit verbreitetes Misstrauen der Bürger gegenüber den politischen Parteien, was seit langem in allen Umfragen festgestellt wird.

Aus diesem Grunde ist in Russland nicht einfach nur kein nachhaltig stabiles Parteiensystem entstanden, sondern es gibt auch keine Parteien im traditionellen Verständnis, da die Parteien wegen des Fehlens vollwertiger parlamentarischer Institutionen und der mangelnden Gewaltenteilung nicht normal existieren und funktionieren können.

Das Entstehen des »gelenkten Parteienwesens« der 2000er Jahre

Die Herausbildung des Herrschaftssystems einer superpräsidialen Republik brachte – ungeachtet der Elemente des Verhältniswahlrechts, die eingeführt wurden, um formal die Entwicklung der Parteien zu stimulieren – eine schrittweise Verschärfung der Vorschriften für die Bildung gesellschaftlicher Organisationen mit sich.

Unter Wladimir Putin wurde eine weitere Reform des Parteien- und Wahlrechts begonnen. Zunächst wurde 2001 das föderale Gesetz »Über die politischen Parteien« verabschiedet, das am 14. Juli 2001 in Kraft trat. Durch dieses Gesetz wurden mit Wirkung vom 14. Juli 2003 bei Wahlen auf nationaler oder regionaler Ebene politische Parteien zur einzigen Form von Wahlzusammenschlüssen. Einfacher ausgedrückt, waren regionale politische Parteien nun verboten und es wurde gleichzeitig die

Zahl derjenigen Organisationen verringert, die zur Teilnahme an Wahlen auch auf nationaler Ebene berechtigt sind. Für die Registrierung einer Partei wurde als Voraussetzung eine Mindestmitgliederzahl von 10.000 für die Gesamtpartei sowie von jeweils 100 in mindestens der Hälfte der regionalen Parteigliederungen festgelegt.

Darüber hinaus verpflichtete das Gesetz die Parteien dazu, bei der Registrierung der regionalen Parteigliederungen dem Justizministerium ein Mitgliederverzeichnis der jeweiligen Gliederung vorzulegen. Dies behindert die Entwicklung oppositioneller Parteien, da in einer Reihe von Regionen Bürger vor einem Eintritt in eine solche Partei zurückschrecken, wenn die Regierungsbehörden von dieser Mitgliedschaft erfahren. Die Praxis zeigt, dass bei der Überprüfung der Mitgliederzahlen die Sicherheits- und Justizbehörden aktiv hinzugezogen werden. Es lässt sich angesichts der Praxis in Russland unschwer vorstellen, dass Bürger sich bei diesem psychischen Druck oft weigern, ihre Parteimitgliedschaft den Behörden gegenüber zu bestätigen.

Aber auch die Parteien selbst sind autoritär strukturiert: Die Leitungsgremien einer Parteien haben praktisch alle Möglichkeiten, eine beliebige Zahl an Mitgliedern oder gar ganze regionale Gliederungen aus der Partei auszuschließen.

Im Dezember 2004 wurde das Parteiengesetz um das Fünffache verschärft: Die Mindestmitgliederzahl einer Partei wurde auf 50.000 erhöht. Im Verlauf des Jahres 2006 mussten sich die Parteien einer Prüfung hinsichtlich der neuen Bestimmungen unterziehen oder aber sich auflösen. Anfang 2007 erfolgte daraufhin eine Zwangsauflösung vieler Parteien durch die Gerichte. Per Gesetz wurde eine Privilegierung der bereits in der Duma vertretenen Parteien gegenüber den anderen Parteien festgeschrieben. Unter anderem wurden die Dumaparteien von der Pflicht befreit, bei der Aufstellung der Kandidaten Unterstützerunterschriften einzureichen oder eine Bürgerschaft zu hinterlegen. Zudem sind sie bei der Entsendung ihrer Vertreter in die Wahlkommissionen gegenüber den anderen Parteien in einer bevorzugten Lage.

In das Gesetz wurden bewusst praktisch unerfüllbare Vorgaben für die Mitgliederstärke der Parteien aufgenommen (d. h. die real als Kaderparteien existierenden Parteien wurden genötigt, Mitgliedermassen zu imitieren), so dass alle Parteien potentiell gegen Vorschriften verstoßen.

Ausdehnung der Staatskontrolle

Gleichzeitig gibt es in Russland keine Gleichbehandlung der verschiedenen politischen Parteien und gesellschaftlichen Organisationen durch die Kontrollbehörden, keine einheitlichen Standards, die auf deren Tätigkeit angewandt werden, und keine einheitlichen Sanktionen für Verstöße gegen Gesetzesvorschriften. Die meis-

ten Bestimmungen der nationalen Gesetzgebung sind nur dann erfüllbar, wenn die Registrierungs- und Aufsichtsbehörden der jeweiligen Organisation gewogen sind. Es besteht eine Politik der doppelten Standards, bei der bestimmte Vorschriften für die einen gelten, für die anderen jedoch nicht.

Die Gremien, die auf nationaler Ebene für die Registrierung der Parteien, für die Aufsicht über deren Tätigkeit und über bestimmte Haushaltsangelegenheiten der Parteien zuständig sind, werden direkt vom Präsidenten der Russischen Föderation ernannt und sind diesem rechenschaftspflichtig. So hat sich die Exekutive praktisch das Exklusivrecht über die Entscheidung gesichert, wer zu Wahlen der Vertretungskörperschaften zugelassen wird – und wer nicht. Die Parteien sind somit praktisch »unter die Fuchtel« der staatlichen Bürokratie geraten.

In den Folgejahren wurden die Parteien- und Wahlgesetze ständig verschärft: 2005 wurde die Bildung von Wahlblöcken verboten, es wurden einheitliche Termine für die Regionalwahlen eingeführt, die Bedingungen für die Registrierung der Kandidaten wurden verschärft... Im Jahr 2006 wurde den Parteien verboten, Vertreter anderer Parteien auf ihre Kandidatenlisten zu setzen. Parlamentsabgeordnete dürfen nicht mehr von der Partei, die sie aufgestellt hatte, zu anderen wechseln. Im Frühjahr 2007 wurden Bestimmungen darüber erlassen, dass die Besetzung vakanter Mandate nach Gutdünken durch die Parteileitung erfolgt, ganz gleich, welchen Platz der Abgeordnete auf den Wahllisten inne gehabt hatte.

Die Staatsduma wird seit 2007 nach reinem Verhältniswahlrecht gewählt, gleichzeitig wurde die Sperrklausel von fünf auf sieben Prozent angehoben. Zwischen 2007 und 2011 ist die Sperrklausel auch in den meisten Regionen auf 7 % angehoben worden.

Zur Herstellung einer faktischen Kontrolle des Staates über die politischen Parteien haben zusätzlich die Vorschriften zur staatlichen Finanzierung politischer Parteien beigetragen. So beträgt seit dem 1. Januar 2009 die staatliche Förderung von Parteien, die bei den Wahlen mehr als 3 % der Stimmen errungen haben, zwanzig Rubel pro Jahr und erhaltene Stimme, statt zuvor fünf. Gleichzeitig mit dieser Förderung der »stärkeren« Parteien sind den schwächeren zusätzliche finanzielle Bürden aufgelastet worden: Jene Parteien, die keine 3 % der Stimmen erhalten haben, müssen die Kosten für die kostenlos bereitgestellte Sendezeit für Wahlwerbepots und die kostenlosen Anzeigenspalten in den Zeitungen begleichen, was eine Reihe von Parteien wegen drohender Insolvenz zur Selbstauflösung genötigt hat.

Parallel zur Parteienreform im Mai und Juni 2002 wurde das neue Gesetz »Über die grundlegenden Garantien zum Wahlrecht und der Teilnahme an einem Referendum für Bürger der Russischen Föderation«

verabschiedet, durch das bei Wahlen zu den Regionalparlamenten mindestens 50 % der Abgeordneten über Parteilisten gewählt werden müssen. Diese Reform war Teil der allgemeinen Politik Putins gegenüber den Regionen, mit der die Abhängigkeit der regionalen Parlamente von der Moskauer Zentralregierung mindestens ebenso groß werden soll wie die Abhängigkeit von der jeweiligen Regionalregierung.

Gleichzeitig wurden bei immer mehr Wahlen zu kommunalen Vertretungen Parteilisten eingeführt, zunächst auf freiwilliger Grundlage. Ein Gesetz, das für Städte und Kreise, deren kommunale Räte aus mehr als 20 Abgeordneten bestehen, die Einführung eines gemischten oder des reinen Verhältniswahlrechts vorschrieb, ist erst 2011 verabschiedet worden, nun unter Präsident Medwedew.

Es hat sich also ein System herausgebildet, in dem die Abgeordneten in höchstem Maße von der innerparteilichen Bürokratie abhängig sind, und diese wiederum von der staatlichen Bürokratie. Das reine Verhältniswahlrecht schafft unter den Bedingungen des gelenkten Parteienwesens die Mechanismen für eine faktische Kontrolle über die Abgeordnetenschaft, und eben hierin wird auch das Ziel gesehen, mit dem es in immer mehr Bereichen und in dieser Form eingeführt wurde.

Die legalen Parteien

Die schwindende Zahl der Parteien, die zum legalen politischen Wettbewerb zugelassen sind, stellt sich wie folgt dar. Während an den Dumawahlen 2003 noch 44 politische Parteien teilnehmen konnten, so waren Anfang 2006 noch 37 übrig geblieben, und bei den Dumawahlen 2007 nur noch 15.

Gegenwärtig sind es sieben Parteien: Einiges Russland, die Kommunistische Partei (KPRF), Schirinowskijs Liberaldemokraten (LDPR), Gerechtes Russland, Jabloko, die »Patrioten Russlands« und »Rechte Sache«.

Seit 2004 ist mit Ausnahme des kremlfreundlichen Projektes »Rechte Sache« kein einziger Versuch einer Parteineugründung von Erfolg gekrönt gewesen, trotz der Bildung einiger Dutzend Initiativgruppen. Die anderen äußerlich »neuen« Projekte dieser Jahre (die »Patrioten Russlands« und »Gerechtes Russland«) sind in Wirklichkeit alte Parteien, die lediglich den Namen und die Führung gewechselt haben. Vor den Dumawahlen von 2011 hat die verweigerter Registrierung der »Partei der Volksfreiheit« (PARNAS) für das größte Aufsehen gesorgt, die von vier Anführern der demokratischen Opposition als Ko-Vorsitzende geleitet wird (M. Kassjanow, W. Milow, B. Nemzow, W. Ryschkow). Im April 2011 hat der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte die gewaltsame Auflösung der Republikanischen Partei der Russischen Föderation im Jahre 2006 für rechtswidrig

erklärt. Der Beschluss wird jedoch nicht umgesetzt: An Stelle einer Wiederherstellung der Partei schlug Justizminister A. Konowalow in einem Interview den ehemaligen Parteiführern eine Neugründung vor.

Medwedews »Reformen«

Ungeachtet der formal modernisierungsfreundlichen Rhetorik ist die reale Politik des neuen Präsidenten hinsichtlich einer Reihe tatsächlich wichtiger Parameter mit einer weiteren Verschlechterung der Situation verbunden gewesen: die Amtszeit des Präsidenten wurde auf sechs Jahre verlängert, die Wahlperiode der Staatsduma auf fünf; gesellschaftliche Organisationen haben nun nicht mehr das Recht, bei Kommunalwahlen eigenständig Kandidatenlisten aufzustellen; die Direktwahl der Bürgermeister wurde vielerorts abgeschafft und die Möglichkeit, zur Registrierung von Kandidaten eine Bürgerschaft zu hinterlegen, wurde bei Wahlen auf allen Ebenen gestrichen.

Die zur Registrierung von Parteien beim Justizministerium erforderliche Mindestmitgliederzahl wurde nur symbolisch verringert. Mit dem 1. Januar 2010 wurde sie von 50 auf 45 Tausend gesenkt, und ab dem 1. 1. 2012 wird nur noch eine Mindestmitgliederzahl von 40.000 verlangt, was den repressiven Charakter des Gesetzes kaum ändert.

Parteien, die bei Dumawahlen zwischen 5 und 7 % erreichen, wurden einige geringe Privilegien zugesprochen (derzeit bekommen diese Parteien »Trostmandate«, bei einem Stimmenanteil von 5–6 % eines, bei über 6 bis 7 % zwei Mandate). Nun können Parteien, die zwischen 5 und 7 % der Stimmen errungen haben, an der Besetzung der Wahlkommissionen teilhaben, und sie können bei Wahlen auf allen Ebenen Kandidaten und Kandidatenlisten ohne Unterstützerunterschriften registrieren lassen. Zudem können sie in der Zeit zwischen den Dumawahlen nicht mehr wegen des Fehlens von Regionalgliederungen mit der jeweils erforderlichen Mindestmitgliederzahl in mehr als der Hälfte der Föderationssubjekte oder wegen mangelnder Gesamtmitgliederzahl aufgelöst werden.

Am 20. März 2011 hat Präsident Medwedew ein Änderungsgesetz zum Gesetz über die grundlegenden Wahlrechtsgarantien und zum Gesetz »Über die allgemeinen Organisationsprinzipien der lokalen Selbstverwaltung« unterzeichnet, durch das nun mindestens die Hälfte der Abgeordneten der kommunalen Vertretungen in Stadt- und Kreisgemeinden über Parteilisten zu wählen sind, wenn der Rat insgesamt 20 oder mehr Abgeordnete zählt.

Die Evolution der Parteien und die Grenzen ihrer Lenkbarkeit

Die beschriebenen Bedingungen für die Tätigkeit der Parteien in Russland führen nicht nur dazu, dass das bestehende Parteiensystem künstlich konserviert wird und die Bildung neuer Parteien praktisch unmöglich ist.

Die formale Umwandlung von äußerst schwachen und des öfteren fiktiven Parteien zu Mittelern, mit deren Hilfe die Bürger ihr passives Wahlrecht wahrnehmen sollen, hat durch die Einführung der Parteilisten von Anfang an auch erhebliche Korruptionsrisiken mit sich gebracht.

Wie zu erwarten, hat eine aktive Diffusion von regionalen Gliederungen der meisten Parteien eingesetzt, deren ideologische Identität bereits früher aus institutionellen Gründen in vielerlei Hinsicht schwach ausgeprägt war. Der Aufkauf einer Reihe dieser Parteigliederungen durch Personen, die über die entsprechenden finanziellen und administrativen Mittel verfügen, hat die Umwandlung vieler lokaler Parteigliederungen in PR-Strukturen ohne ideologischen Anstrich nur verfestigt. Natürlich gibt es in den Parteien einen mehr oder weniger stark ausgeprägten ideologischen Kern, doch ist dieser bei den verschiedenen Parteien in unterschiedlichem Umfang in der jeweiligen Mitgliedschaft verankert. Und diese Kerne existieren nicht wegen, sondern trotz der Umstände. Am deutlichsten ist dies noch bei den Linken (KPRF) und den Liberalen (Jabloko und früher die Union der rechten Kräfte, SPS) der Fall. Unter dem Druck der allgemeinen Spielregeln verwischen jedoch auch diese Parteien allmählich ihren ideologischen Kern.

Die beschriebene Entwicklung führt dazu, dass sich innerhalb der Parteien die einzelnen Gliederungen immer stärker voneinander unterscheiden, sowohl in ihren realen Interessenlagen als auch in den von den Anführern verkündeten formalen Haltungen.

Durch die verringerte Anzahl von Parteien sind die Elitengruppen in die wenigen verbliebenen Parteien geströmt, wobei die Wahl der neuen Partei in vielerlei Hinsicht von Ausweglosigkeit diktiert war.

Am schwersten hat es Einiges Russland als die für jeden karrierebewussten Politiker und Geschäftsmann attraktivste Partei. Im Großen und Ganzen lassen sich heute im Einigen Russland Ex-Mitglieder aus allen bestehenden oder ehemaligen Parteien wiederfinden. Die Moskauer Zentrale war bestrebt, mit formellen und informellen Mitteln Vertreter einer möglichst großen Zahl einflussreicher lokaler Gruppen auf ihre Listen zu setzen, um deren Wählerschaften zu akkumulieren. Naturgemäß hat dies zu einer noch stärkeren ideologischen Erosion einer Partei geführt, die von Beginn als Konglomerat der Nomenklaturen aller Ebenen aufgebaut wurde. In einigen Regionen sind praktisch »Parteien in der Partei« entstanden, in der Dumafraktion von Einiges Russland bilden sich »Agrargruppen« und ähnliche Zusammenschlüsse von Abgeordneten. In der Partei selbst sind auf nationaler Ebene »Klubs« entstanden (Zentrum für sozial-konservative Politik, Klub »4. November«, Staats-Patriotischer Klub). Ein Versuch jedoch, im Einigen Russland eine strenge Parteidisziplin

lin einzuführen oder in bestimmten Regionen auf diese oder jene konkrete Elitengruppe zu setzen, würde unweigerlich die übrigen Gruppen brüskieren und jene Wähler abstoßen, die sich an ihnen orientieren.

Die Personalpolitik innerhalb des Einigen Russland erinnert daher auch immer mehr an ein Chaos: Einerseits wird der Versuch fortgesetzt, um jeden Preis jeden in die Partei einzubeziehen, der bei irgendeiner Wahl, ganz gleich auf welcher Ebene, gesiegt hat, und egal wer er vor dieser Wahl gewesen war. Andererseits macht die Unmenge miteinander in Konflikt stehender Gruppierungen innerhalb der Partei einen Ausgleich zwischen ihnen unmöglich, was zu offenen Kämpfen zwischen Personen führt, die doch formal Parteigenossen sind.

Im Vorfeld der Wahlen ist eine ständige Wanderung von Abgeordneten und Kandidaten zwischen formal rechten und linken Parteien zu verzeichnen, und zwar in beiden Richtungen.

Kandidaten und Parteiprestige

Insgesamt erfolgt die Aufstellung der Parteilisten in der Regel nach dem Prinzip, als potentieller Kandidat erzwungenermaßen dort unterzukommen, wo es die eigenartige Prestigehierarchie erlaubt. Die Eliten versuchen in erster Linie einen Platz auf der Liste von Einiges Russland zu erhalten, und erst in zweiter Linie auf den Listen anderer Parteien, was an Versuche von Studenten erinnert, sich sicherheitshalber bei mehreren Universitäten zu bewerben.

Die formale normative Stärkung der Rolle der Parteien geht auf diese Weise mit einer noch stärkeren faktischen inneren Zerstörung und einem Profilverlust einher. Von diesem Profilverlust ist mittlerweile auch immer stärker die KPRF betroffen, die einst die am stärksten ideologisierte Partei war, und der nun die Kraft fehlt, dieser allgemeinen Tendenz zu widerstehen.

Zur Verteidigung der Parteien lässt sich jedoch gleichzeitig sagen, dass zum einen ihre Abhängigkeit vom Staat eine erzwungene ist und zweitens eine Änderung der politischen Lage und mögliche Spaltungen innerhalb der Eliten

Über den Autor

Dr. Alexander Kynev ist Politikwissenschaftler und leitet die Analyseabteilung der Assoziation »Zur Verteidigung der Rechte der Wähler GOLOS«. Er studierte politische Wissenschaften an der Moskauer Lomonossow-Universität und arbeitete u. a. bei der Partei Jabloko, im Apparat der Staatsduma, im Internationalen Institut für humanitär-politische Forschungen (MIGPI) und als Leiter des Regionalprogramms der Stiftung für Entwicklung von Informationspolitik (FRIP). 2008–2010 lehrte er als Dozent an der Moskauer Higher School of Economics.

Lesetipps

- Stephen White: Elections Russian-Style, in: Europe-Asia Studies, 63.2011, Issue 4, S. 531–556.
- Stephen White; Ol'ga Kryshchanovskaya: Changing the Russian Electoral System: Inside the Black Box, in: Europe-Asia Studies, 63.2011, Issue 4, S. 557–578.
- Stephen White; Valentina Feklyunina: Russia's Authoritarian Elections: The View from Below, in: Europe-Asia Studies, 63.2011, Issue 4, S. 579–602.

mit erheblicher Wahrscheinlichkeit Änderungen im strategischen Vorgehen der Parteiführern mit sich bringen würde.

Diese Spezifik des russischen Parteiensystems erzeugt nicht nur Ströme von Kandidaten, die zwischen den Parteien wechseln, sondern auch ein Wählerverhalten, bei dem der Wähler mit Leichtigkeit jede der »Alternativen« zu Einiges Russland wählen kann – lediglich in Abhängigkeit davon, welches Stimmverhalten ihm produktiver erscheint (indem etwa die Alternative mit den besten Umfragewerten gewählt wird), welcher konkrete Kandidat persönlich unterstützenswerter, oder welcher Wahlkampf oder Gegenwahlkampf am besten erscheint. Die Protestwähler sind im heutigen Russland entideologisiert, und die Spaltung der Wählerschaft verläuft zwischen der »Partei der Macht« (status quo) und »allen anderen«. Es bestehen zwar ideologische, stilistische und andere Unterschiede zwischen den »Alternativen«, doch sind sie vor diesem Hintergrund nicht wesentlich.

Fazit

Was hat nun die Zentralmacht durch eine solche Evolution des Parteien- und Wahlsystems erreicht, und ist auf nationaler und regionaler Ebene eine Lenkbarkeit der Wahlen hergestellt worden? Formal ist diese Lenkbarkeit in vielerlei Hinsicht erreicht worden, herrscht doch äußerlich die Dominanz einer einzigen Partei. In der Praxis jedoch sind die Widersprüche zwischen den lokalen Interessengruppen in den Regionen keineswegs verschwunden, es hat sich lediglich die Form geändert, in der sie ausgetragen werden. Der Wettbewerb zwischen den Parteien wird jetzt durch einen innerparteilichen Wettbewerb ersetzt, mal über öffentliche innerparteiliche Konflikte und Skandale, mal mit saftigen Intrigen und anonym geführten Medienkriegen. In vielen Fällen findet beides gleichzeitig statt.

Das scheinbar gelenkte Parteiensystem könnte also sehr schnell Veränderungen erfahren, wenn sich die allgemeine politische oder wirtschaftliche Situation im Lande verändert.

Übersetzung: Hartmut Schröder

Die russische Gesetzgebung über die Wahlen zur Staatsduma

Arkadij Ljubarew, Moskau

Zusammenfassung

Die Wahl der Dumaabgeordneten wird durch zwei Gesetze geregelt, durch das föderale Gesetz »Über die grundlegenden Garantien zum Wahlrecht und zur Teilnahme an einem Referendum für Bürger der Russischen Föderation« und durch das föderale Gesetz »Über die Wahl der Abgeordneten der Staatsduma der Föderalen Versammlung der Russischen Föderation«. Das erstgenannte ist ein Rahmengesetz, das die allgemeinen Vorschriften für alle Wahlen in der Russischen Föderation festlegt. Zwischen diesen beiden Gesetzen bestehen einige Widersprüche, und die Frage, welches der Gesetze bei einer Unstimmigkeit zur Anwendung kommt, wird meist mit Blick auf politische Opportunität entschieden.

Wahlgesetzgebung im Wandel

Die russische Wahlgesetzgebung zeichnet sich durch eine außerordentliche Instabilität aus. Früher wurde für jede Dumawahl ein neues Gesetz verabschiedet: 1995 für die Wahlen von 1995, 1999 für die Wahlen 1999, 2002 für die Wahlen von 2003 und 2005 für die Wahlen von 2007. Die von 2005 bis 2007 verabschiedeten Änderungen der Gesetzgebung waren dabei radikaler als die der vorangegangenen zehn Jahre. Es gilt weiterhin das Dumawahlgesetz von 2005, das jedoch vielfach geändert worden ist.

Von 1994 bis 2005 waren die Gesetzgeber darum bemüht, die Änderungen jeweils im Paket zu verabschieden, so dass sich die Wahlgesetzgebung ein- bis zweimal pro Wahlperiode änderte. Seit 2006 ist die Novellierung der Wahlgesetzgebung ein permanenter Zustand. 2006 und 2007 wurde das Gesetz über die grundlegenden Garantien elfmal verändert, das Gesetz über die Dumawahlen achtmal. Zwischen 2008 und 2011 erfuhr das Gesetz über die grundlegenden Garantien 28 Änderungen, das Gesetz über die Dumawahlen erlebte 17 Änderungen.

Kandidatenlisten, Wahlfinanzen und Sperrklausel

Die grundlegenden Bestimmungen für die Wahlen zur Staatsduma sind allerdings seit 2007 unverändert. Alle 450 Abgeordneten der Staatsduma werden nach dem Verhältniswahlrecht in einem einheitlichen »Föderalen Wahlkreis«, also auf dem Wahlgebiet der Russischen Föderation, gewählt. Die Kandidatenlisten, die von den Parteien aufzustellen sind, müssen in einen zentralen Teil und einen Teil mit regionalen Kandidatengruppen gegliedert sein, die jeweils einem bestimmten Gebiet (einer Region, einem Teil einer Region oder einer Gruppe von Regionen) entsprechen müssen. Die Gebiete, nach denen eine Liste regional untergliedert wird, werden unter Beachtung der gesetzlichen Bestimmungen durch die Parteien selbst festgelegt. So müs-

sen diese Gebiete zusammenhängend sein und in der Summe das gesamte Territorium der Russischen Föderation abdecken. Gemäß den Wahlergebnissen erhalten zunächst die Kandidaten des zentralen Listenteils ein Mandat. Die übrigen Mandate werden proportional zu den regionalen Stimmergebnissen unter den entsprechenden regionalen Gruppen der Liste verteilt. Zur Finanzierung des Wahlkampfes richten die Parteien eigene Wahlkampffonds ein, wobei sowohl ein zentraler Haushalt für die Gesamtpartei als auch eigene Wahlkampfhaushalte für jede der regionalen Gliederungen eingerichtet werden können.

Bei den Vorschriften für die Aufstellung der Kandidatenlisten hat es einige Änderungen gegeben. 2007 durfte der zentrale Teil der Liste nicht mehr als drei Kandidaten umfassen, die Anzahl der regionalen Kandidatengruppen musste mindestens 80 betragen. Inzwischen kann der zentrale Teil aus zehn Kandidaten bestehen und die Anzahl der regionalen Gruppen muss mindestens 70 betragen.

Die zulässige Höchstsumme für Ausgaben aus dem Wahlkampfhaushalt, die »Deckelung« der Wahlkampfbudgets, ist mittlerweile angehoben worden. 2007 lag die Grenze für den zentralen Wahlkampfhaushalt der Gesamtpartei bei 400 Mio. Rubel und die für den »konsolidierten« Haushalt, also die Summe der Obergrenzen des zentralen und der regionalen Wahlkampfhaushalte, bei 1,818 Mrd. Rubel. Nun ist die Obergrenze des zentralen Haushalts auf 700 Mio. Rubel und die konsolidierte Höchstsumme auf 3,405 Mrd. angehoben worden, also um 87 %.

Die Sperrklausel liegt weiterhin bei 7 %. Eine Partei muss also mindestens 7 % der Wählerstimmen auf sich vereinigen, um ihrem Stimmenanteil entsprechend Mandate zu erhalten. Nach den neuen Bestimmungen erhalten Parteien, die zwischen 5 und 6 % der Stimmen erreicht haben, ein »Trostmandat« zugesprochen; bei 6 bis 7 % sind das zwei Mandate. Es sei hier angemerkt, dass bei 450 Abgeordneten 5 % etwa 23 Mandaten entsprechen und 7 % etwa 32 Mandaten.

Nach der Änderung der Verfassung wird die Staatsduma nun nicht mehr alle vier, sondern alle fünf Jahre gewählt.

Registrierung von Parteilisten

Die wichtigsten Änderungen betreffen die Registrierung der Parteilisten. Zu nennen ist hier vor allem die Abschaffung der Wahlbürgschaft. 2007 waren vier der elf registrierten Listen aufgrund einer Wahlbürgschaft registriert.

Gegenwärtig gibt es nur mehr sieben registrierte politische Parteien. Die Listen der vier Parlamentsparteien wurden ohne weitere Auflagen registriert, die übrigen Parteien müssen zur Registrierung ihrer Listen Unterschriftenlisten einreichen.

Die Änderung der erforderlichen Unterschriftenzahl ist hier weniger bedeutsam. 2007 waren 200.000 Unterschriften erforderlich, ebenso viele wie 1995, 1999 und 2003; nun sind es 150.000. Bei der Registrierung für die Dumawahlen ist jedoch nicht die Zahl der Unterschriften das größte Problem, sondern die Höhe des zulässigen »Ausschusses« in den Unterschriftenlisten, der lediglich bei 5 % liegen darf. So sind 2007 von sieben eingereichten Unterschriftenlisten drei wegen Überschreitung der fünfprozentigen Ausschussrate nicht registriert worden, und auch bei den übrigen vier Listen erreichte die Ausschussrate mit 4,6 – 4,8 % fast den unzulässigen Wert.

Kleinere Änderungen hat es auch bei den Vorschriften zur Einreichung der Unterlagen bei der Zentralen Wahlkommission und bei denen zur Ausgestaltung und Überprüfung der Unterschriftenlisten gegeben.

Medienzugang und Räumlichkeiten

In der Redaktion von 2007 enthielt das Gesetz die Bestimmung, dass Parteien, die weniger als 3 % der Stimmen bekamen, die den Medien die Kosten für Sendezeit und Anzeigenspalten erstatten müssen, die man ihnen für den Wahlkampf kostenlos zur Verfügung gestellt hatte. Zudem bestand die Vorschrift, dass Parteien, die für die »kostenlos« erhaltenen Sendezeiten und Anzeigenspalten nicht zahlen, bei den nächsten Wahlen nicht mehr die Möglichkeit zu kostenloser Wahlwerbung erhalten. Diese Regelung trug nicht unwesentlich dazu bei, dass fünf Parteien, die 2007 an den Wahlen teilgenommen hatten, binnen Jahresfrist ihre Selbstauflösung beschlossen.

Die OSZE hatte bereits 2004 empfohlen, diese Regelung abzuschaffen. Dies ist nun endlich geschehen. Allerdings wurde sie durch eine andere Vorschrift ersetzt, der zufolge eine Partei, die weniger als 3 % der Stimmen erhalten hat, bei den nächsten Wahlen automatisch den Anspruch auf kostenlose Sendezeit und Anzeigenspalten verliert. Unter diese Regelung fallen bei den jet-

zigen Wahlen Jabloko und die Partei »Patrioten Russlands«. Die Partei »Rechte Sache« hat als neue Partei Anspruch auf kostenlose Sendezeit und Anzeigenspalten.

Bei den Vorschriften, die die Nutzung von Räumlichkeiten für Wahlkampfveranstaltungen regulieren, sind einige Änderungen eingeführt worden, die gleiche Bedingungen für alle Parteien gewährleisten sollen. Die Eigentümer oder Besitzer von Räumlichkeiten, die einer Partei zur Verfügung gestellt werden, sind jetzt verpflichtet, die Wahlkommission des entsprechenden Föderationssubjektes schriftlich darüber zu informieren, dass und zu welchen Bedingungen dies erfolgt ist. Die Wahlkommission ist dann verpflichtet, die anderen politischen Parteien darüber in Kenntnis zu setzen.

Auch bei den Bestimmungen zur Stimmabgabe auf Grundlage eines Wahlscheins und zur Stimmabgabe außerhalb des Wahllokals wurden einige Änderungen vorgenommen. Für Menschen mit Sehbehinderungen wurden zusätzliche Rechte festgeschrieben.

Bewertung der Wahlgesetzgebung

Insgesamt sind die zwischen 2008 und 2011 vorgenommenen Änderungen bei der Dumawahlgesetzgebung nicht prinzipieller Natur; sie haben die bestehenden Grundlagen unberührt gelassen. Eine der Neuerungen, die Abschaffung der Wahlbürgschaft, zielt auf eine Schwächung des Wettbewerbs ab, betrifft aber stärker die Wahlen auf regionaler und kommunaler Ebene. Für die Dumawahlen war hingegen vor allem die verringerte Anzahl der Parteien von Bedeutung. Eine ganze Reihe der Gesetzesänderungen ist darauf ausgerichtet, die Wahlen gerechter zu gestalten, doch sind diese Änderungen kaum wesentlich, und eine positive Wirkung wird aller Wahrscheinlichkeit nach durch mangelhafte Anwendung der entsprechenden Vorgaben geschmälert werden.

Ein wichtiger Mangel der Wahlgesetzgebung in Russland sind weiterhin die strengen Bestimmungen zur Registrierung von Kandidaten und Parteilisten, die es den Wahlkommissionen erlauben, missliebige Kandidaten auszuschließen und praktisch politische Diskriminierung zu betreiben.

Zu bemängeln sind auch jene Bestimmungen des Gesetzes, die die Besetzung der Wahlkommissionen regeln. Das Recht zur Entsendung von Vertretern mit vollem Stimmrecht in die Wahlkommissionen aller Ebenen wird nur Parteien garantiert, die in der Staatsduma und den Regionalparlamenten vertreten sind, und in den meisten Regionen sind dies nur vier Parteien. Gleichzeitig gilt die Bestimmung, dass jede Partei nur durch jeweils eine Person in den Wahlkommissionen vertreten sein kann, weswegen in der überwiegenden Mehrheit der Wahlkommissionen die Vertreter der Parteien

in der Minderheit sind. Die Mitglieder der Wahlkommission sind mehrheitlich Personen, die auf die eine oder andere Weise von der Verwaltung abhängig sind. Obwohl das Gesetz die Unabhängigkeit der Wahlkommissionen von der Exekutive deklariert, sind die Kommissionen real stark von dieser abhängig und in vielen Fällen schlichtweg ein Anhängsel der Exekutive.

Hinsichtlich des Wahlkampfes im engeren Sinne verkündet das Gesetz die Gleichstellung der Parteien, doch wird von diesem Grundsatz bereits im Gesetz selbst abgewichen. So wird, wie erwähnt, Parteien, die bei den vorangegangenen Wahlen nicht erfolgreich waren, der Anspruch auf kostenlose Sendezeit oder Anzeigenspalten entzogen. Wesentlicher ist jedoch, dass die Gleichstellung der Parteien in der Praxis nicht gewährleistet ist, und zwar durch indirekte Wahlwerbung für die Regierungspartei in den staatsabhängigen Medien, durch den Einsatz von Amtspersonen und ihren Untergebenen im Wahlkampf dieser Partei sowie durch die Behinderung des Wahlkampfes der Oppositionsparteien.

Das Gesetz verhindert nicht den Einsatz von »Dampflöcken«, also das Verfahren, an die Spitze der Parteilisten

oder der regionalen Gruppen dieser Listen hochgestellte Amtsträger (den Präsidenten, Minister, Gouverneure usw.) zu setzen, die nicht die Absicht haben, Abgeordnete zu werden, und deren Kandidatenstatus dazu dient, einer Partei Vorteile zu verschaffen.

Die Vorschriften für die Stimmabgabe, die Auszählung der Stimmen und die Feststellung der Wahlergebnisse sind recht detailliert ausgearbeitet, enthalten aber gleichwohl einige Lücken, die für Fälschungen genutzt werden können. Wichtiger ist, dass die Vorschriften vielerorts nicht befolgt werden, was breite Möglichkeiten zur Fälschung schafft.

Die Transparenz der Wahlen ist 2005 durch eine einschränkende Bestimmung verringert worden. Seitdem können nur registrierte Kandidaten sowie Parteien, deren Listen für die Wahlen registriert sind, Beobachter in die Wahllokale entsenden. Gleichzeitig ist es ein Fortschritt in der russischen Wahlverwaltung, dass die Daten der Ergebnisprotokolle aus jedem Wahllokal umgehend (innerhalb weniger Stunden) ins Internet gestellt werden.

Übersetzung: Hartmut Schröder

Über den Autor

Arkadij Ljubarew ist Doktor der Rechtswissenschaft und führender Experte der Assoziation GOLOS.

WAHLBEOBACHTUNG



Europäischer Austausch
European Exchange

HEINRICH
BÖLL
STIFTUNG

Warum eigentlich Wahlen?

Jens Siegert, Moskau

Zusammenfassung

Der Ausgang der Dumawahlen Anfang Dezember steht weitgehend fest. Die notwendigen Manipulationen zugunsten der »Partei der Macht« haben bereits stattgefunden. Trotzdem werden mehr als 50 Prozent der Wahlberechtigten abstimmen gehen. Doch das ist keine Wahl, sondern vielmehr eine Bestätigung des alten Gesellschaftsvertrags zwischen der Mehrheit der Menschen und der Macht: Wir machen keine Politik, und ihr versorgt uns und mischt euch nicht in unser Privatleben ein. Nur eine Minderheit wird versuchen, durch Boykott oder Stimmen für Oppositionsparteien ihren Protest zu Protokoll zu geben.

Weder »frei« noch »fair«

Die Dumawahlen im Dezember 2007 hat die OSZE als »weder fair noch frei« bewertet. Auf eine vernünftige, ausreichend lange, ausreichend große und ausreichend mandatierte Wahlbeobachtungskommission hatte sie sich zuvor mit der russischen Regierung nicht einigen können. Seither sind die Dinge nicht besser geworden. Auch bei diesen Wahlen wird es wohl, wenn überhaupt, nur eine kleine und zudem kurzfristige OSZE-Wahl-

beobachtungsmission geben. Ein paar kosmetischen, man traut sich das Wort kaum zu schreiben, »Verbesserungen« in der russischen Wahl- und Parteiengesetzgebung seit 2007 steht gegenüber, dass die Parteien, ihre Registrierung, die Zulassung zur Wahl, das Fernsehen als wichtigstes Massenmedium, die Wahlen selbst und die Auszählung der Stimmen weiterhin fast vollständig durch die Exekutive kontrolliert werden. Dies alles, von Alexander Kynjew und Arkady Ljubarew von der

unabhängigen russischen Wahlbeobachtungsorganisation *GOLOS* in ihren Artikeln ausführlich beschrieben, zeigt schon jetzt, dass auch die diesjährigen Dumawahlen weder fair noch frei sein werden.

Wenn die Wahlen aber so umfassend durch die Macht Habenden manipuliert und kontrolliert werden, der Ausgang *grosso modo* feststeht, warum dann noch der Aufwand? Warum werden sich daran, aller Voraussicht nach, zwischen der Hälfte und zwei Dritteln der Wahlberechtigten beteiligen und abstimmen gehen? Was drücken sie damit aus? Warum gehen die, grob gesagt, andere Hälfte oder das restliche Drittel nicht zur Wahl? Und zu guter Letzt: Was bedeutet der vorhersehbare Ausgang einer erneuten Mehrheit von »Einiges Russland«, der Partei von Wladimir Putin und Dmitrij Medwedew?

Die Antwort auf die erste Frage ist banal und fundamental zugleich. Das gegenwärtige politische System in Russland stützt seine autoritäre Herrschaft auf demokratische Legitimität und Legalität. Es sucht dafür die demonstrative und mehrheitliche Zustimmung der russischen Bevölkerung und die Anerkennung der internationalen Gemeinschaft. Zudem zeichnet sich die Putinsche Herrschaft durch das Bestreben aus, die Transaktionskosten zur Erhaltung dieser Herrschaft zu minimieren. Im großen Gegensatz zur Sowjetunion fehlt ihr eine genuine, sie legitimierende Ideologie, wenn man von der formalen Konstitution als demokratischer Rechtsstaat absieht. Um aber eine demokratische Legitimierung zumindest vorspiegeln zu können, setzt sie auf so wenig offene Gewalt wie nötig, so wenig offene Manipulation wie nötig, so wenig offene Fälschung wie nötig.

Damit kommen wir zu der Frage, warum so viele Menschen gute Miene dazu machen. Nach Meinungsumfragen ist eine große Mehrheit der Bevölkerung davon überzeugt, dass Wahlen auf allen Ebenen manipuliert und gefälscht werden. Ich möchte mich einer Antwort auf drei Ebenen nähern: mehrheitliches Demokratieverständnis, allgemeiner Zynismus, Verhältnis Staat – Bürger.

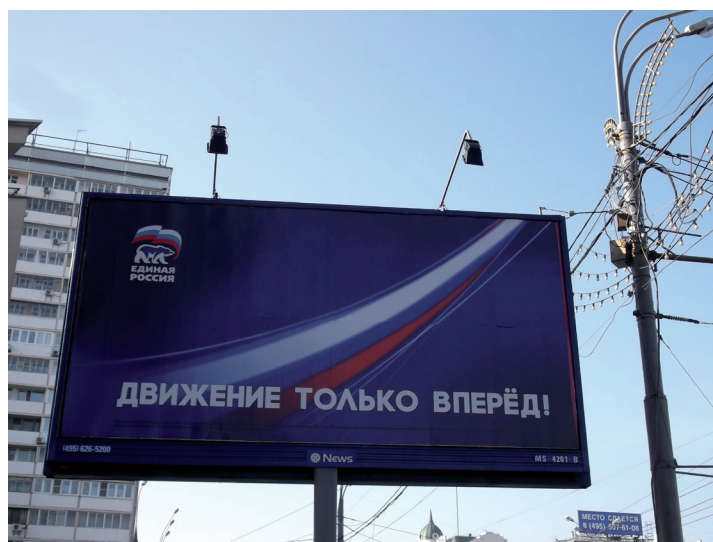
Demokratieverständnis und Zynismus

Zuerst zum vorherrschenden Demokratieverständnis. Umfragen zeigen, dass eine Mehrheit der Menschen in Russland der Meinung ist, dass das Land heute demokratischer ist als in den 1990er Jahren. Nun war Jelzins Russland kein demokratisches Paradies, die Wahlen aber waren, schon weil es weit mehr Konkurrenz gab und es sehr viel einfacher war zu kandidieren, zweifellos freier (wenn auch, z.B die Präsidentenwahlen 1996, nicht unbedingt fairer). Das ist zumindest aus vorherrschender westlicher Sicht überraschend und bedarf der Erklärung. Wie Kirill Rogow herausgearbeitet hat, sind die Leute nicht einfach schlecht informiert oder durch Propaganda manipuliert. Ihr Urteil ist durchaus rational begründet. Sie haben, um es kurz (und natürlich auch

ein wenig verkürzt) zu sagen, schlicht andere Prioritäten. Demokratie bedeutet für eine Mehrheit der Menschen in Russland vor allem soziale Sicherheit und Stabilität. Wer das als Politiker gewährleisten kann, gilt als legitim und demokratisch. Putin hat das, mit welchen Mitteln und welcher Fortune auch immer, geschafft, zumindest bis 2008.

In seiner Amtszeit ist zudem das Wertesystem der russischen Gesellschaft wei-

ter erodiert, wie Lew Gudkow, Direktor des Lewada-Zentrums, ausführt. Das ist beileibe kein neuer Prozess, aber einer, der in den vergangenen zehn Jahren an Geschwindigkeit zugenommen hat. Das wichtigste Symptom dieses Werteverfalls ist ein sich rapide ausbreitender und inzwischen fast allgegenwärtiger Zynismus. Dieser Zynismus eint im Übrigen Volk und Führung. Der *homo sovieticus* ist, wenn man so will, unter Putin noch sowjetischer geworden. Insbesondere Wladimir Putin versteht es, ihn kunstvoll zu zelebrieren. Hauptmerkmal ist die weitgehende Leugnung allein schon der Möglichkeit von moral- oder wertegeleitetem öffentlichen und politischen Handeln. Demokratie und Wahlen werden entsprechend vorwiegend als Herrschaftsinstrumente wahrgenommen. Die Vorstellung, dass es faire Wahlen grundsätzlich nicht gibt, auch nicht außerhalb Russlands, ist weit verbreitet. Die poli-



»Bewegung nur vorwärts!« Wahlplakat von Edinaja Rossija.
Foto: Christoph Laug

tische Führung nutzt dies geschickt zur Desavouierung internationaler Wahlbeobachtung und Kritik am Wahlprozess im Inland. Wahlbeobachter der OSZE (deren Mitglied Russland ja ist) werden als »deren« Wahlbeobachter denunziert, während die seit einigen Jahren durch Vertreter von GUS-Staaten organisierte Wahlbeobachtung als »unsere« gilt. Dabei ist es nicht wichtig, dass die meisten Menschen in Russland auch den GUS-Wahlbeobachtern nicht glauben. Vielmehr wird so auch die Glaubwürdigkeit der OSZE-Wahlbeobachtungsmissionen untergraben.

Macht und Mensch

Hinzu kommt das seit Jahrhunderten gewachsene und im Vergleich mit westlichen modernen Gesellschaften kaum veränderte Verhältnis zwischen Macht und Mensch (diese Alliteration scheint mir hier angemessener als »Staat und Bürger«). Die Neigung, den Staat als Subjekt eigenen Rechts, ja in der Regel sogar als jenseits des Rechts stehend wahrzunehmen, ist sehr tief im russischen Alltagsbewusstsein verankert. So wird, wenn vom Staat, von staatlichem Handeln die Rede ist, in der Regel das Wort »Wlast« (ins Deutsche mit »Macht« nur unzureichend übersetzbar – »Obrigkeit« kommt der russischen Bedeutung wohl am nächsten) in der Weise benutzt, dass es ein handelndes Subjekt beschreibt, dem die Menschen oder das Volk gegenüberstehen. Diese Machtzentriertheit drückt sich sogar in der aktuellen, ansonsten durchaus liberalen russischen Verfassung aus, die den Präsidenten (wie übrigens früher den Zaren nach der Verfassung von 1906 und die kommunistische Partei nach der sowjetischen Verfassung) ausdrücklich aus der Gewaltenteilung heraushebt und ihn als »Garanten der Verfassung« über Legislative, Exekutive und Judikative stellt.

Meinungsumfragen zeigen gleichzeitig, dass eine große Mehrheit der Menschen kein oder nur wenig Vertrauen in die politische Führung hat. Das gilt insbesondere für die Parlamente, aber auch, trotz immer noch vergleichsweise hoher, wenn auch seit einiger Zeit kontinuierlich abnehmender Ratings, für Präsident und Premierminister. Und selbst dieses Vertrauen, vor allem in Putin und nur abgeleitet daraus in Medwedew (umso mehr nach der Rotationsankündigung von Ende September), ist, wie Untersuchungen von Boris Dubin vom Moskauer Lewada-Zentrum zeigen, kein wirkliches Vertrauen, keine Zustimmung in eine bestimmte Politik und kein Vertrauen darauf, dass eine bestimmte Politik auch umgesetzt wird. Es ist vielmehr eher ein »Bevollmächtigen« derer, die ohnehin herrschen, also ein Gutheißen der Art zu herrschen, die man von seinen Herrschenden ohnehin gewohnt ist. Dieses Verhalten ist insofern durchaus rational, als es von der gege-

benen Vergeblichkeit ausgeht, sich hier einzumischen: Warum also Kraft in etwas stecken, das von vornherein zum Scheitern verurteilt ist?

So gesehen sind Wahlen eine Form der Bestätigung des ungeschriebenen »Gesellschaftsvertrags«, durch den die Putinsche Herrschaft häufig beschrieben wird (und früher schon die späte, breschnjewsche sowjetische Herrschaft beschrieben wurde): Wir, das Volk, mischen uns nicht in die Politik ein. Ihr, die Herrschenden, die »Macht«, sorgt im Gegenzug dafür, dass es uns materiell nicht am Überlebenswichtigen fehlt und mischt euch nicht (sowjetisch: nicht allzu sehr) in unser Privatleben ein. Man könnte Wahlen in Russland heute also auch als Loyalitätsbekenntnis der Wähler und Wählerinnen betrachten, mit dem diese dann auch die Verantwortung für die Folgen der Politik abgeben. Die Macht-Habenden bekräftigen ihrerseits durch das Abhalten der Wahlen die fortgesetzte Gültigkeit des Vertrags. Der Staat unterstützt diese Haltung seinerseits aktiv über soziale und politische Kontrollmechanismen und die weitgehende Kontrolle der Medien.

Und was tut »der Rest«?

Bisher war vom Verhältnis der großen Mehrheit der wahlberechtigten russischen Bevölkerung zu Wahlen die Rede. Das Lewada-Zentrum schätzt sie aufgrund langjähriger Befragungen auf stabile 70 bis 80 Prozent. Tendenziell leben diese Menschen eher auf dem Dorf oder in Kleinstädten, sie haben eher eine schlechte formale Bildung und sind eher wenig mobil. Auf diese Mehrheit stützt sich die Putinsche Herrschaft. Doch was machen die restlichen 20 bis 30 Prozent? Sie suchen vor allem nach Möglichkeiten, die Wahlen zu politischem Protest zu nutzen. Die Strategien dabei sind vielfältig, sie reichen von Boykottaufrufen (z. B. Garri Kasparow) über die Idee, möglichst viele ungültige Stimmzettel abzugeben (Vertreter der nicht zugelassenen »Partei der Volksfreiheit«), bis zur Aufforderung, einer beliebigen Partei außer »Einiges Russland« die Stimme zu geben (so der bekannteste russische Blogger Alexej Nawalnyj).

Alldem liegen zwei Überlegungen zugrunde. Zum einen soll auch öffentlich gezeigt werden, wie groß die Zahl der »nicht Einverstanden« ist, um so die Legitimität der alleinigen Herrschaft Putins zumindest ein wenig anzukratzen. Für wen das das Hauptziel ist, der setzt mit Boykott auf eine möglichst geringe Wahlbeteiligung oder mit der Stimme für eine andere Partei als »Einiges Russland« auf möglichst viele Abgeordnete in der Staatsduma, die einer zumindest nominell oppositionellen Partei angehören. Andere haben das Ziel, die erwarteten Fälschungen noch am Wahltag möglichst schwierig zu machen, wenn man sie schon nicht ganz verhindern kann. Dazu soll der Gang in die Wahllo-

kale und die Abgabe eines ungültigen Stimmzettels dienen. Aber auch so soll der Protest möglichst in Zahlen dokumentiert werden. Ob das alles etwas nützt, weiß aber niemand so recht, denn die entscheidenden Manipulationen haben mit der Parteienzulassung und der Medienkampagne bis zum Wahltag bereits stattgefunden. Deshalb geht es bei alledem wohl vor allem darum, sich gegen die Demütigung zur Wehr zu setzen, das Wahlergebnis einfach fertig vorgesetzt zu bekommen.

Im Unterschied zu den Wahlen vor vier Jahren hat die Finanz- und Wirtschaftskrise zu wachsender Unzufriedenheit im Land geführt. Auch wenn sie bei diesen Wahlen noch keine politischen Folgen zeitigen dürfte, könnte sich die zunehmende Arroganz der Macht-Habenden, die sich in der selbstherrlichen Ankündigung des Rollentausches von Putin und Medwedew besonders deutlich zeigt, als Hybris erweisen. Die Wut ist gewachsen, auch wenn sie bisher kalt bleibt.

Über den Autor

Jens Siegert ist Leiter des Länderbüros Russland der Heinrich Böll Stiftung in Moskau. Zuvor arbeitete er zehn Jahre als Korrespondent deutschsprachiger Printmedien und Radiosender in Moskau.

Lesetipp:

Lew Gudkow: Russlands Systemkrise. Negative Mobilisierung und kollektiver Zynismus, in: Osteuropa 1/2007, S. 3ff.
<http://www.eurozine.com/articles/2007-01-23-gudkov-de.html>

DOKUMENTATION

Übersicht der zur Dumawahl am 4. Dezember zugelassenen Parteien

»Einiges Russland« [Edinaja Rossija – ER]

2007: »Putins Plan – der Sieg Russlands«.

2010: »Starkes Russland – Einiges Russland«.

2011: »Bewegung nur vorwärts!«

»Partei der Macht«. Zusammenschluss der Parteien »Einigkeit« und »Vaterland« im Dezember 2001. Vorsitzender des Obersten Parteirates seit November 2002: Boris Gryslow. Parteivorsitzender: seit 2007 Wladimir Putin (Erster Listenplatz der Partei zu den Dumawahlen. 24. September 2011: Dmitrij Medwedew führt Wahlliste der Partei bei den Dumawahlen 2011 an.

Parteistruktur: Generalrat der Partei und Präsidium des Generalrates.

Mitgliederzahl: 2.009.937.

Programm in Stichwörtern: Unterstützung des Kurses zur Wiederherstellung der Einheit und territorialen Integrität des Landes; Gewährleistung von gesellschaftlicher Konsolidierung und Stabilität – in Politik und Wirtschaft. Die Partei ist »Garant der Kontinuität des präsidentiellen Kurses, der Verwirklichung der von ihm ausgearbeiteten Strategie«; Prinzip der »Souveränen Demokratie«.

Wahlergebnisse: 2003 – 37,56 % (Parlamentsmehrheit); 2007 – 64,3 % (2/3-Mehrheit).

Website: www.er.ru

»Kommunistische Partei der Russischen Föderation« [Kommunistitscheskaja Partija Rossijskoj Federazii – KPRF]

»Russland, Arbeit, Volksherrschaft, Sozialismus!«

Die KPRF ist Nachfolgepartei der KPdSU und der KPdRSFSR. Gründung im Februar 1993. Parteivorsitzender: Gennadij Sjuganow. Parteistruktur: Zentralkomitee der KPRF sowie das Präsidium sowie das Sekretariat des Präsidiums der KPRF.

Mitgliederzahl: 154.244.

Strategie und Ziele: »Aufbau des erneuerten Sozialismus – Sozialismus des 21. Jahrhunderts in Russland«, der »Herrschaft der Arbeitenden«; Nationalisierung der Bodenschätze und strategischer Wirtschaftsbereiche; Schutz von Familien, Rentnern und Arbeitern.

Wahlergebnisse: 1993 – 12,4 %; 1995 – 22,3 %; 1999 – 24,29 %; 2003 – 12,61 %; 2007 – 11,57 %.

Website: <http://kprf.ru/>

»Liberaldemokratische Partei Russlands« [Liberalno-demokratitscheskaja Partija Rossii – LDPR]

»Für die Russen!«

Seit Dezember 1992 – Nachfolgepartei der LDPR der SU. Parteivorsitzender: Wladimir Shirinowskij. Parteistruktur »Oberster Rat« (sieben Mitglieder).

Mitgliederzahl: 185.573.

Ziele: Wiederherstellung des Großmachtstatus Russlands; demokratisch Form der Staatsführung (ehrliche Wahlen und Mehrparteiensystem); Nationale Politik und Russische Frage; Bekämpfung der Korruption; Verteidigung und Sicherheit.

Wahlergebnisse: 1993 – 22,92 %; 1995 – 11,8 %; 1999 (als »Blok Shirinowskij«) – 5,98 %; 2003 – 11,45 %; 2007 – 8,14 %.

Website: www.ldpr.ru

»Gerechtes Russland« [Sprawedliwaja Rossija – SR]

»Gerechtigkeit. Freiheit. Solidarität.«

Zusammenschluss der Parteien »Rodina«, »Leben« und »Pensionäre« im Oktober 2006. Parteivorsitzender (seit April 2011) Nikolaj Lewitschew, Fraktionsvorsitzender ist Sergej Mironow. Struktur: Büro des Präsidiums des Zentralrates (12 Mitglieder); Präsidium des Zentralrates (38 Mitglieder); Zentralrat (173 Mitglieder).

Mitgliederzahl: 414.558.

Ziel: aktueller, demokratischer und effektiver Sozialismus. Programm 2011: Modernisierung des politischen Systems, regionale Selbstverwaltung; Überwindung der sozialen Ungleichheit; Schutz der Arbeit, Rentenerhöhung; finanzierbarer Wohnraum; kostenloses Gesundheitssystem.

Wahlergebnisse: 2007 – 7,74 %.

Website: www.sprawedlivo.ru

»Jabloko«

»Für Freiheit und Gerechtigkeit!«

Besteht aus den Fraktionen: Grünes Russland, Soldatenmütter, Rechtsschutz, Frauen, Jugend, Sozialdemokraten und Unternehmern. Registriert seit Januar 1995. Parteivorsitzender: Sergej Mitrochin. Struktur: Parteirat, bestehend aus dem Politischen Komitee, dem Parteibüro u. a..

Mitgliederzahl: 54.911.

Ziele: Soziale Marktwirtschaft, Chancengleichheit, Privateigentum, Konkurrenz in Politik und Wirtschaft, Stärkung demokratischer Institute, Rechtsstaat und Kontrolle der Gesellschaft über die Staatsmacht.

Wahlergebnisse: 1993 – 7,86 %; 1995 – 6,89 %; 1999 – 5,93 %; 2003 – 4,3 %; 2007 – 1,59 %.

Website: www.yabloko.ru

»Rechte Sache« [Prawoe delo]

»Freiheit. Eigentum. Ordnung.«

Zusammenschluss aus »Union Rechter Kräfte«, »Bürgerkraft« und der »Demokratischen Partei Russlands«. Registriert seit Februar 2009. Parteitag vom 15/16. September 2011: Rücktritt Michail Prochorows, neuer Parteivorsitzender/Leiter des Exekutivkomitees: Andrej Dunaew. Struktur: 15-köpfiger »Föderaler Parteirat«.

Mitgliederzahl: 64.022.

Ideologische Ausrichtung: rechtsliberal. Prioritäten: Menschenrechte, Marktwirtschaft und politische Demokratie. Hauptziele: 1. Verbesserung der Lebensqualität; 2. Entwicklung des Gesundheits- und Bildungssystem; 3. Kontrolle der Gesellschaft über die Staatsmacht und Einschränkung der bürokratischen Willkür; 4. Förderung unternehmerischer Initiativen; 5. Stärkung einer neuen, de-ideologisierten Rolle Russlands in der Weltgemeinschaft.

13 Abgeordnete in Regionalparlamenten.

Website: www.pravoedelo.ru

»Patrioten Russlands« [Patrioty Rossii]

»Patriotismus steht über der Politik!«

Zusammenschluss mehrerer kleiner Parteien und Organisationen. Registriert seit April 2002. Parteivorsitzender Gennadij Semigin. Leitendes Organ: 17-köpfiger »Zentraler Politischer Rat«.

Mitgliederzahl: 86.394.

Ideologische Ausrichtung: patriotisch, sozialistisch. Prioritäten: Mensch; Familie; Gesellschaft; Staat – rechtsstaatlich, demokratisch und sozial. Weitere Ziele: Einkommensanstieg; demographisches Wachstum und Entwicklung der Nation; Bereitstellung modernen und bezahlbaren Wohnraums; Kostenloses Gesundheits- und Bildungssystem; soziale Absicherung; Stärkung von Gewerkschaften.

Wahlergebnis 2007: 0,89 %.

Website: www.patriot-rus.ru

Quellen:

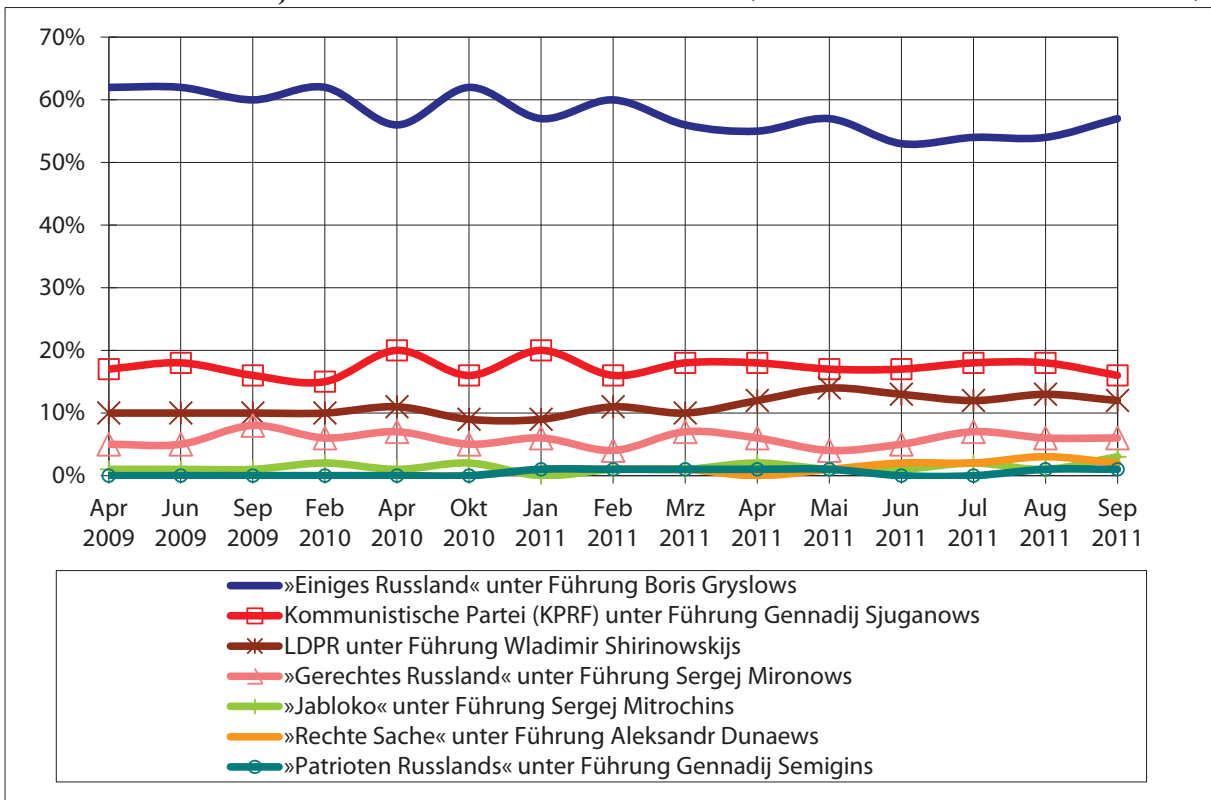
- Ergebnisse der Dumawahlen 1993, 1995 und 1999: Rossijskaja Gazeta vom 09.12.2003, <http://www.rg.ru/2003/12/09/rezultaty.html>.
- Ergebnisse der Dumawahlen 2003 und 2007: Website der Zentralen Wahlkommission, <http://www.vybory.izbirkom.ru>.
- Informationsprojekt über Wahlen und Parteien in Russland: <http://vyborov.net>.
- Mitgliederzahl der registrierten Parteien: Seite des russischen Justizministeriums, <http://www.minjust.ru/ru/activity/nko/partii/>.
- Mottos der Parteien und Auszüge der Ziele aus den jeweiligen Parteiprogrammen auf den Webseiten der Parteien.

Zusammenstellung: Christoph Laug

UMFRAGE

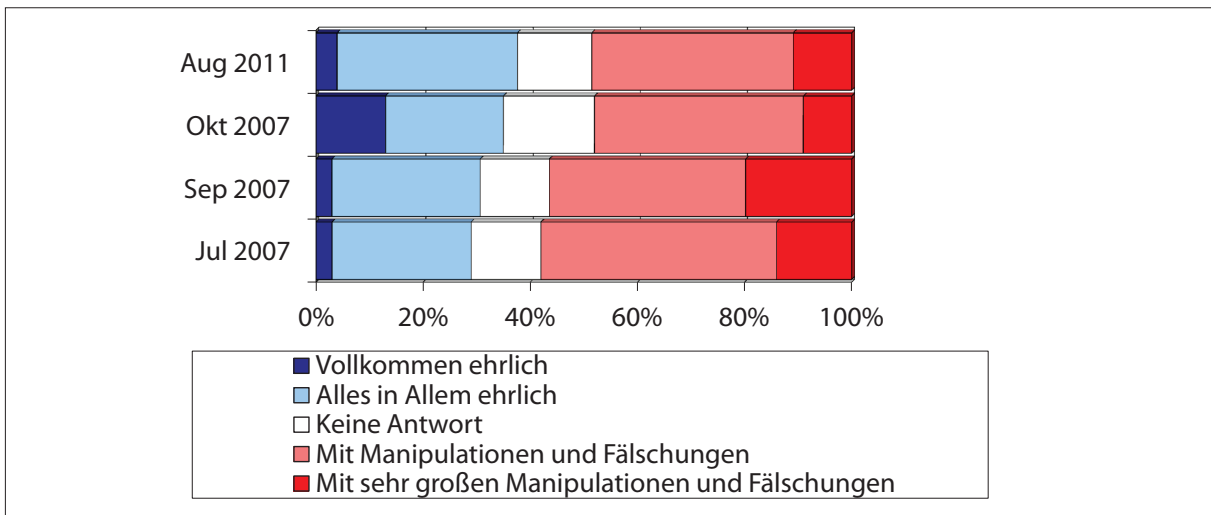
Wahlen und Parteien in Umfragen

Grafik 1: Wenn am kommenden Sonntag Dumawahlen wären, würden Sie an diesen teilnehmen und wenn ja, welche Partei würden Sie wählen? (% derer, die sich entschieden haben)



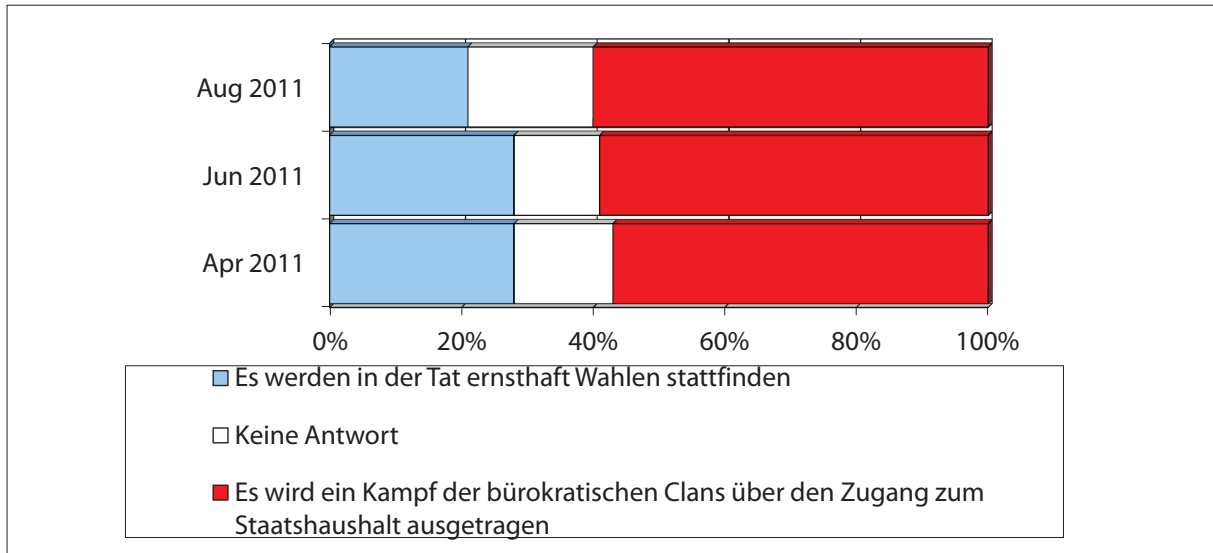
Quelle: Umfragen des Lewada-Zentrums vom 23.–27. September 2011 <http://www.levada.ru/30-09-2011/sentyabrskie-reitingi-partii>, Daten von August 2009 bis Januar 2011 aus: Rejtingi Partij, Lewada Zentrum <http://old.levada.ru/press/2011082505.html>.

Grafik 2: Wie werden die Dumawahlen dieses Jahr ablaufen?



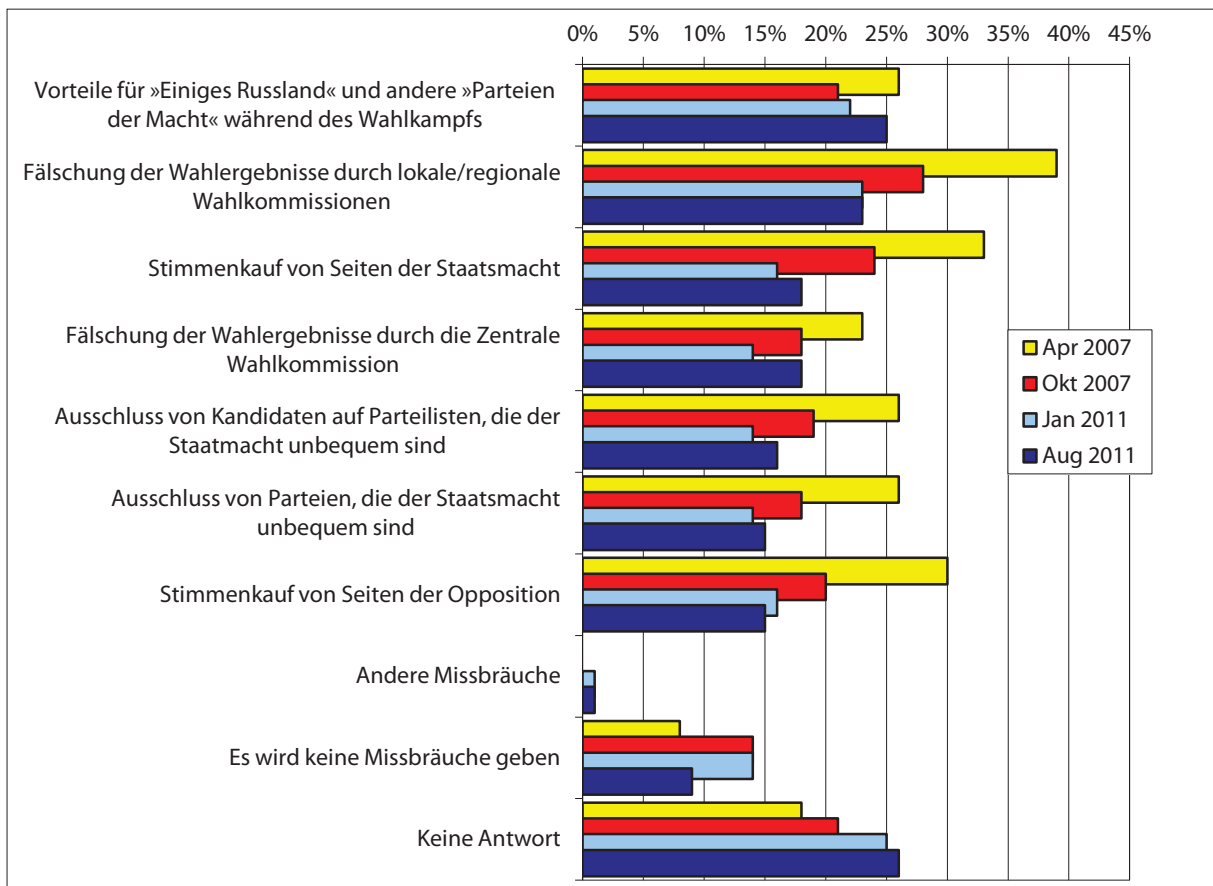
Quelle: Umfragen des Lewada-Zentrums vom 19.–23. August 2011 <http://old.levada.ru/press/2011091301.html>

Grafik 3: Werden Ihrer Meinung nach in Russland ernsthaft Wahlen stattfinden oder wird unter dem Deckmantel von Wahlen ein Kampf bürokratischer Clans ausgetragen?



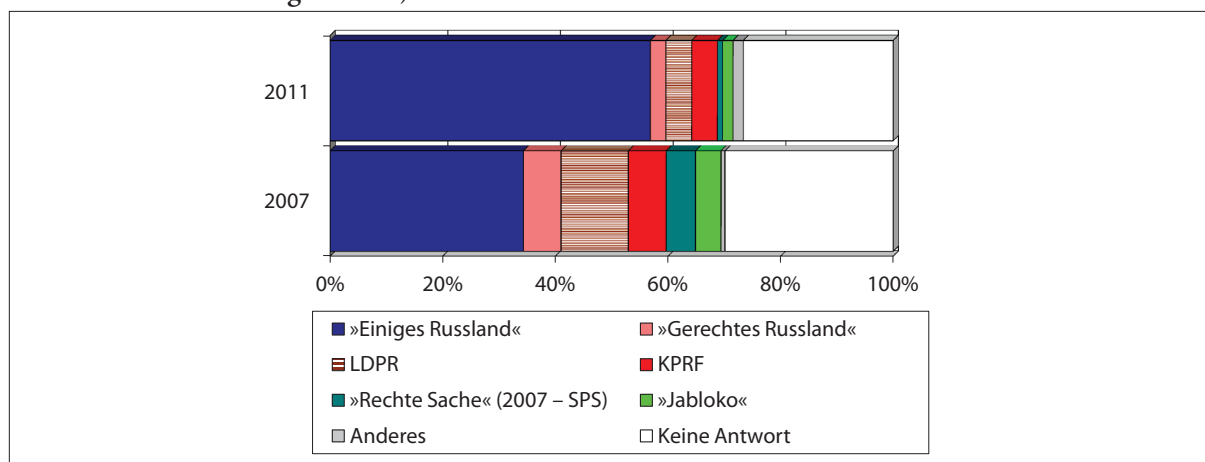
Quelle: Umfragen des Lewada-Zentrums vom 19.–23. August 2011 <http://old.levada.ru/press/2011091301.html>

Grafik 4: Wird es bei den kommenden Staatsdumawahlen im Dezember zu folgenden Missbräuchen kommen?



Quelle: Umfragen des Lewada-Zentrums vom 19.–23. August 2011 <http://old.levada.ru/press/2011091301.html>

Grafik 5: Zum Nutzen welcher Partei werden die Manipulationen und Fälschungen der Ergebnisse durchgeführt? (in % derer, die davon ausgehen, dass bei den kommenden Wahlen Missbräuche möglich sind)



Quelle: Umfragen des Lewada-Zentrums vom 19.–23. August 2011 <http://old.levada.ru/press/2011091301.html>

Tabelle 1: Reale politische Kraft oder »aus dem Kreml« gelenkte Marionettenpartei? (Juli 2011)

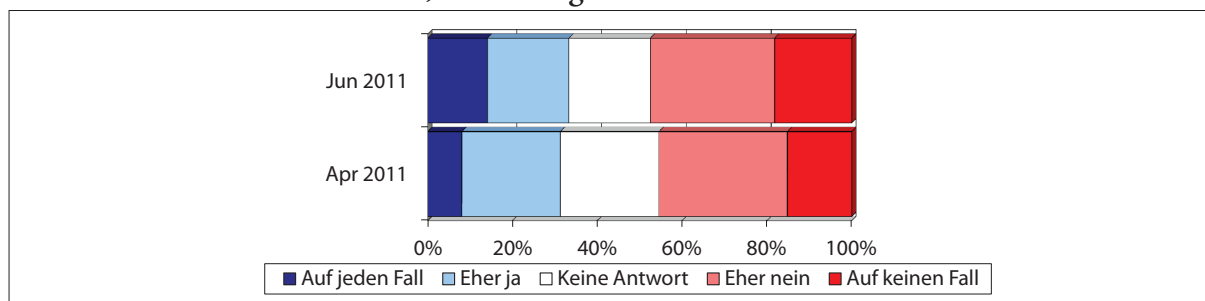
	»Einiges Russland«	KPRF	LDPR	»Gerechtes Russland«	Rechte Sache	PARNAS
Reale politische Kraft	74 %	51 %	42 %	31 %	8 %	4 %
Marionettenpartei	17 %	30 %	42 %	42 %	49 %	45 %
Keine Antwort	10 %	19 %	16 %	27 %	43 %	50 %

Quelle: Umfragen des Lewada-Zentrums <http://old.levada.ru/press/2011082301.html>

Tabelle 2: Die Interessen welcher Bevölkerungsgruppen vertreten die folgenden Parteien? (Juli 2011)

	LDPR	Gerechtes Russland	KPRF	Einiges Russland	Jabloko	Rechte Sache	PARNAS
Oligarchen: Banker, Großunternehmer	14 %	7 %	6 %	40 %	10 %	23 %	8 %
Föderale und regionale Beamte, Bürokraten	13 %	9 %	7 %	34 %	5 %	6 %	3 %
Direktoren-Korps: Leiter von Großbetrieben	10 %	9 %	6 %	32 %	5 %	11 %	4 %
Silowiki: Mitarbeiter von Geheimdiensten, Armee und Innenministerium	7 %	3 %	3 %	32 %	3 %	1 %	1 %
Mittelklasse: Menschen mit überdurchschnittlichen Einkommen	15 %	15 %	14 %	16 %	7 %	6 %	2 %
Intelligenz: Lehrer, Ärzte, Ingenieure, Spezialisten	10 %	18 %	20 %	12 %	11 %	4 %	2 %
Einfache Leute: Angestellte, Arbeiter, Bauern	17 %	19 %	40 %	11 %	3 %	5 %	2 %
Kulturelle und wissenschaftliche Elite	5 %	9 %	4 %	6 %	11 %	3 %	1 %
Ärmste Bevölkerungsgruppen, Arbeitslose, Verarmte	9 %	8 %	30 %	3 %	3 %	2 %	1 %
Alle ohne Ausnahmen	14 %	9 %	8 %	20 %	5 %	4 %	3 %
Keine Antwort	26 %	37 %	23 %	10 %	56 %	55 %	79 %

Quelle: Umfragen des Lewada-Zentrums <http://old.levada.ru/press/2011082301.html>

Grafik 6: Teilen Sie die Ansicht, dass »Einiges Russland« die Partei der Gauner und Diebe ist?


Quelle: Umfragen des Lewada-Zentrums vom 23.–27. Juni 2011 <http://old.levada.ru/press/2011071902.html>

Tabelle 3: Wie stehen Sie zu den aufgeführten politischen Parteien? (Beliebige Anzahl der Antworten. In % aller Befragten) (19.6.–21.8.2011)

		19.6.2011	3.7.2011	17.7.2011	31.7.2011	7.8.2011	14.8.2011	21.8.2011
»Einiges Russland«	Positiv	45 %	40 %	43 %	41 %	43 %	44 %	43 %
	Negativ	16 %	16 %	16 %	17 %	16 %	16 %	16 %
	Residuum	39 %	44 %	41 %	42 %	41 %	40 %	41 %
Kommunistische Partei der RF (KPRF)	Positiv	14 %	13 %	16 %	13 %	13 %	13 %	13 %
	Negativ	17 %	13 %	15 %	14 %	14 %	15 %	14 %
	Residuum	69 %	74 %	69 %	73 %	73 %	72 %	73 %
Liberal-Demokratische Partei Russlands (LDPR)	Positiv	12 %	10 %	12 %	12 %	11 %	12 %	12 %
	Negativ	21 %	15 %	19 %	15 %	18 %	17 %	17 %
	Residuum	67 %	75 %	69 %	73 %	71 %	71 %	71 %
»Gerechtes Russland«	Positiv	12 %	8 %	10 %	8 %	9 %	9 %	11 %
	Negativ	10 %	6 %	7 %	7 %	8 %	8 %	8 %
	Residuum	78 %	86 %	83 %	85 %	83 %	83 %	81 %
»Jabloko«	Positiv	2 %	1 %	2 %	1 %	2 %	1 %	2 %
	Negativ	18 %	13 %	15 %	15 %	17 %	16 %	18 %
	Residuum	80 %	86 %	83 %	84 %	81 %	83 %	80 %
»Rechte Sache«	Positiv	1 %	1 %	2 %	1 %	1 %	2 %	2 %
	Negativ	10 %	7 %	10 %	9 %	9 %	9 %	10 %
	Residuum	89 %	92 %	88 %	90 %	90 %	89 %	88 %
»Patrioten Russlands«	Positiv	1 %	0 %	1 %	1 %	1 %	1 %	1 %
	Negativ	9 %	6 %	7 %	8 %	7 %	7 %	8 %
	Residuum	90 %	94 %	92 %	91 %	92 %	92 %	91 %
Keine der aufgeführten Parteien	Positiv	26 %	31 %	24 %	26 %	25 %	25 %	26 %
	Negativ	31 %	41 %	34 %	37 %	33 %	36 %	36 %
	Residuum	43 %	28 %	42 %	37 %	42 %	39 %	38 %

Quelle: Umfragen der Stiftung Öffentliche Meinung, »FomNibus« vom 1.–2. Oktober 2011
<http://bd.fom.ru/report/map/dominant/dom1140/d114002>

Tabelle 4: Wie stehen Sie zu den aufgeführten politischen Parteien? (Beliebige Anzahl der Antworten. In % aller Befragten) (28.8.–2.10.2011)

		28.8.2011	4.9.2011	11.9.2011	18.9.2011	25.9.2011	2.10.2011
»Einiges Russland«	Positiv	42 %	44 %	43 %	43 %	42 %	42 %
	Negativ	17 %	16 %	17 %	15 %	17 %	18 %
	Residuum	41 %	40 %	40 %	42 %	41 %	40 %
Kommunistische Partei der RF (KPRF)	Positiv	13 %	13 %	14 %	14 %	15 %	15 %
	Negativ	15 %	15 %	18 %	15 %	13 %	14 %
	Residuum	72 %	72 %	68 %	71 %	72 %	71 %
Liberal-Demokratische Partei Russlands (LDPR)	Positiv	12 %	11 %	13 %	12 %	13 %	11 %
	Negativ	18 %	17 %	19 %	18 %	18 %	18 %
	Residuum	70 %	72 %	68 %	70 %	69 %	71 %
»Gerechtes Russland«	Positiv	9 %	10 %	9 %	9 %	10 %	10 %
	Negativ	8 %	7 %	9 %	7 %	8 %	8 %
	Residuum	83 %	83 %	82 %	84 %	82 %	82 %
»Jabloko«	Positiv	2 %	2 %	2 %	2 %	2 %	2 %
	Negativ	17 %	18 %	19 %	16 %	18 %	17 %
	Residuum	81 %	80 %	79 %	82 %	80 %	81 %
»Rechte Sache«	Positiv	1 %	2 %	3 %	1 %	1 %	1 %
	Negativ	10 %	9 %	11 %	10 %	11 %	11 %
	Residuum	89 %	89 %	86 %	89 %	88 %	88 %
»Patrioten Russlands«	Positiv	1 %	1 %	1 %	1 %	1 %	1 %
	Negativ	8 %	7 %	9 %	7 %	8 %	8 %
	Residuum	91 %	92 %	90 %	92 %	91 %	91 %
Keine der aufgeführten Parteien	Positiv	27 %	24 %	25 %	26 %	27 %	25 %
	Negativ	36 %	26 %	35 %	35 %	38 %	32 %
	Residuum	37 %	50 %	40 %	39 %	35 %	43 %

Quelle: Umfragen der Stiftung Öffentliche Meinung, «FomNibus» vom 1.–2. Oktober 2011
<http://bd.fom.ru/report/map/dominant/dom1140/d114002>

Vom 7. bis zum 20. Oktober 2011

07.10.2011	Das russische Strafverfolgungskomitee erhebt gegen Lom-Ali Gajtukaew Anklage wegen des Mords an Anna Politkowskaja, Journalistin der Zeitung »Nowaja Gaset«. Weitere Anklagen werden dem Amt zufolge in Kürze gegen Rustam, Dshabrail und Ibragim Machmudow erhoben. Anna Politkowskaja wurde vor genau fünf Jahren vor ihrer Wohnung in Moskau erschossen.
07.10.2011	Präsident Dmitrij Medwedew reicht einen Gesetzentwurf in der Staatsduma ein, dem zufolge die Prüfungskommission zur Ernennung von Richtern ein unabhängiges Organ werden soll. Außerdem sollen ähnliche Prüfungskommissionen in den Föderationssubjekten eingerichtet werden.
08.10.2011	In Tyrnyaus (Rayon Elbrus, Karbardino-Balkarien) werden zwei Untergrundkämpfer von Sicherheitskräften getötet.
08.10.2011	Auf dem Moskauer Manege-Platz werden ca. 100 Personen vorübergehend festgenommen. Sicherheitskräfte befürchten eine Demonstration, nachdem in der Nacht zum 2. Oktober in Podolsk (Gebiet Moskau) ein 18-jähriger Fußballfan von ZSKA Moskau getötet wurde und Gerüchte über nationalistische Hintergründe der Tat umliefen.
09.10.2011	Die russische Regierung teilt mit, dass die neue Verhandlungsrunde zwischen Georgien und Russland über einen WTO-Beitritt Russlands keine Fortschritte erbracht hat. Zentraler Streitpunkt ist die Weigerung Russlands, Daten über den Handel mit den Gebieten Abchasien und Südossetien offen zu legen. Die Gespräche werden am 17. Oktober fortgesetzt.
10.10.2011	Im Rahmen des Ständigen Partnerschaftsrats zwischen Russland und der EU werden in Warschau gemeinsame Schritte zur Erreichung der Visafreiheit für kurzzeitige Aufenthalte in Russland und der EU vereinbart.
10.10.2011	Ministerpräsident Wladimir Putin ernennt Alexander Dybow zum Stellvertreter des Energieministers Sergej Schmatko. Dybow ist zuvor beim russischen Unternehmen »Atomstrojexport« beschäftigt gewesen.
10.10.2011	Wladimir Putin entlässt Alexej Kudrin, den ehemaligen Finanzminister und Stellvertretenden Ministerpräsidenten, aus der Militär-Industriellen Regierungskommission und der Regierungskommission zur wirtschaftlichen Entwicklung und Integration.
11.10.2011	In Reaktion auf die Verurteilung der ehemaligen ukrainischen Premierministerin Julia Timoschenko zu sieben Jahren Haft erklärt das russische Außenministerium, dass sich diese nicht auf die beidseitigen Gasverträge auswirken dürfe, und kritisiert die antirussische Stimmung des Verfahrens. Ministerpräsident Wladimir Putin erklärt in Peking, die Gasverträge, für deren Abschluss sie angeblich verurteilt wurde, seien in voller Übereinstimmung mit russischem und ukrainischem Recht abgeschlossen worden.
11.10.2011	Ein Moskauer Gericht lehnt die Klage eines Abgeordneten der Fraktion »Einiges Russland« ab, der den Blogger Alexej Nawalnyj wegen Rufschädigung belangen wollte. Nawalnyj hatte die Parteimitglieder von »Einiges Russland« als »korrumpiert« bezeichnet.
12.10.2011	Igor Schuwalow, Stellvertretender Ministerpräsident, übernimmt den Vorsitz des Rates für Finanzmärkte beim Präsidenten. Am Vortag hatte Arkadij Dworkowitsch, der Wirtschaftsberater Präsident Medwedews, mitgeteilt, dass Alexej Kudrin, bis zum 26. September Finanzminister und Stellvertretender Ministerpräsident, in Kürze auf eigenen Wunsch von sämtlichen, auch internationalen Ämtern, in denen er Russland als Finanzminister vertreten hat, zurücktreten werde.
12.10.2011	Andrej Worobjew, Leiter des Zentralen Exekutivkomitees der Partei »Einiges Russland«, teilt mit, dass sich die Partei sehr bemühen wird, nicht mehr als 450–500 Mio. Rubel (€ 10,5–11,7 Mio.) für den Dumawahlkampf auszugeben. Per Gesetz stünden der Partei, inklusive regionaler Mittel, 1,31 Mrd. Rubel (€ 30,6 Mio.) zur Verfügung.
13.10.2011	Nach Angaben von Boris Chubijew, Leiter der Zentralen Militärstaatsanwaltschaft zur Untersuchungsaufsicht und Ermittlung, hat sich die Zahl der Selbstmorde in den russischen Streitkräften verringert. In den ersten neun Monaten von 2011 wurden 119 Fälle gemeldet, 30 weniger als im Vorjahreszeitraum.
14.10.2011	Das Moskauer Stadtgericht überprüft die Ablehnung der Registrierung der »Partei der Volksfreiheit (PARNAS)« durch die Behörden. Am 22. August hatte ein Moskauer Rayongericht die Ablehnung der Registrierung durch das russische Justizministerium für rechtmäßig erklärt.
15.10.2011	Wladimir Tschurow, Vorsitzender der Zentralen Wahlkommission, gibt bekannt, dass 600 Wahlbeobachter nach Russland eingeladen werden. Zudem werden von Seiten der politischen Parteien in Russland eine halbe Million Wahlbeobachter bestellt.
15.10.2011	Dmitrij Medwedew trifft in Moskau mit seinen »Anhängern« zusammen, Vertretern aus Kultur, Medien, Wissenschaft und Wirtschaft. Er schlägt die Gründung einer »großen, erweiterten Regierung« vor, die in Zusammenarbeit mit der Partei »Einiges Russland« agieren soll, die »eine der stärksten politischen Parteien war, ist und sein wird«. Medwedew stimmt der Einrichtung eines »Gesellschaftlichen Komitees« zu, das Vorschläge für eine zukünftige »Große Regierung« ausarbeiten soll.

17.10.2011	Ein Moskauer Gericht verurteilt den Anwalt und Blogger Alexej Nawalnyj wegen Rufschädigung des Geschäftsmannes Wladlen Stepanow zur Zahlung von 100.000 Rubel (ca. € 2.300) und zur Widerrufung seiner Aussagen. Nawalnyj hatte die Exfrau Stepanows beschuldigt, die Rückzahlung der angeblich zu viel bezahlten Steuern aus dem Staatshaushalt in Höhe von 5,4 Mrd. Rubel (ca. € 126 Mio.) an eine Scheinfirma genehmigt zu haben. Mit diesem Fall war auch der Anwalt Sergej Magnitskij befasst gewesen, der später wegen mangelnder ärztlicher Versorgung in Untersuchungshaft starb.
17.10.2011	Dmitrij Medwedew erklärt die bisherigen Versuche der Neuaufteilung der Zuständigkeiten zwischen föderalem Zentrum und den Regionen für nicht erfolgreich. Er weist den Föderationsrat an, die Situation zu analysieren und ihm eine vollständige Lösung für das Problem vorzuschlagen. Medwedew hat schon am 27. Juni Arbeitsgruppen eingesetzt, die bis zum 15. September zum gleichen Thema Konzepte erarbeiten sollten.
17.10.2011	Interview Wladimir Putins mit den Vorsitzenden der drei größten russischen Fernsehsender Rossija, Erster Kanal und NTW. Putin unterstreicht die strategische Einheit seiner Ansichten und Ansätze mit denen von Präsident Medwedew und wiederholt, dass die Entscheidung vom 24. September schon vor vier Jahren getroffen worden sei. Zudem schätze er die Arbeit Medwedews, der es »als sinnvoll ansah, Schritte in Richtung einer Humanisierung mancher Gesellschaftsbereiche einzuleiten«, dies sei jedoch nichts Revolutionäres gewesen. Putin plane nicht, daran etwas zu verändern.
17.10.2011	Bei einer Gasexplosion in einem Wohnhaus in Bronnizy (Gebiet Moskau) kommen drei Personen ums Leben.
18.10.2011	Auf einem Treffen des Rates der Regierungschefs der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS) in St. Petersburg unterzeichnen alle GUS-Staaten mit Ausnahme Aserbaidschans, Usbekistans und Turkmenistans einen Vertrag über eine gemeinsame Freihandelszone.
18.10.2011	Dmitrij Medwedew trifft auf dem zweiten russisch-ukrainischen überregionalen Wirtschaftsforum in Donezk mit dem ukrainischen Präsidenten Viktor Janukowitsch zusammen. Zentrale Themen sind die wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit der Regionen, überregionale Unternehmenskooperationen sowie die Verbesserung der Grenzübergangsstellen. Der Fall Julia Timoschenko und die Frage der Gaspreise werden nicht behandelt.
19.10.2011	Das Nordkaukasische Bezirksmilitärgericht verurteilt einen Militärangehörigen und seine Mutter zu zehn bzw. acht Jahren Haft wegen Spionage für Georgien.
19.10.2011	Dmitrij Medwedew trifft mit Vertretern des »Gesellschaftlichen Komitees« zusammen, um Vorschläge für eine zukünftige »Große Regierung«, eine Reform der Staatsführung und Rückkoppelungsinstrumente zur Einbindung der Bürger auszuarbeiten. Ein solches Komitee wurde bei dem Treffen Medwedews mit seinen »Anhängern« am 15. Oktober vorgeschlagen. Es wird vermutet, dass Medwedew aus deren Reihen eine völlig neue, seinen Modernisierungsplänen gegenüber loyal eingestellte Regierungsmannschaft bilden könnte.
19.10.2011	Verteidigungsminister Anatolij Serdjukow erklärt auf einem Arbeitstreffen in Kiev, dass Russland der Ukraine eine kostenlose Ausbildung seiner Militärangehörigen an russischen Lehranstalten anbietet.
20.10.2011	Auf einem Flughafen im Gebiet Amur verunglückt ein Kampfflugzeug vom Typ SU-24. Beide Piloten kommen ums Leben.
20.10.2011	Präsident Medwedew eröffnet ein Profil auf Facebook. Es ist sein viertes Online-Profil nach seinem Videoblog und seiner Präsenz bei Twitter und Livejournal.

Sie können die gesamte Chronik seit 1964 auch auf <http://www.laender-analysen.de/russland/> unter dem Link »Chronik« lesen.

Die Russland-Analysen werden vom Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft unterstützt.

Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft



Herausgeber: Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen und Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde

Die Meinungen, die in den Russland-Analysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Redaktion und Satz: Matthias Neumann, Heiko Pleines, Hans-Henning Schröder

Russland-Analysen-Layout: Cengiz Kibaroglu, Matthias Neumann und Michael Clemens

Die Russland-Analysen werden im Rahmen der Datenbank World Affairs Online (WAO) ausgewertet und sind im Portal IREON www.ireon-portal.de recherchierbar.

ISSN 1613-3390 © 2011 by Forschungsstelle Osteuropa, Bremen

Forschungsstelle Osteuropa • Publikationsreferat • Klagenfurter Str. 3 • 28359 Bremen • Telefon: +49 421-218-69600 • Telefax: +49 421-218-69607

e-mail: publikationsreferat@osteuropa.uni-bremen.de • Internet-Adresse: <http://www.laender-analysen.de/russland/>

SPONSOR

Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft
oa



■ Der Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft arbeitet seit 1952 aktiv daran, die Handels- und Investitionsbedingungen für deutsche Unternehmen in über 20 Ländern des östlichen Europas und Zentralasiens zu verbessern.

■ Unsere Konferenzen und Fachseminare informieren Sie über aktuelle Entwicklungen zwischen Zagreb und Wladiwostok.

■ Wir sind die Stimme der deutschen Wirtschaft in bilateralen Gremien und vernetzen Wirtschaft und Politik durch die Organisation exklusiver Wirtschaftsgespräche und Delegationsreisen.

■ Mit unseren Projekten fördern wir die marktwirtschaftliche Entwicklung in Osteuropa und investieren in die Aus- und Weiterbildung junger Menschen.

Weitere Informationen zu unseren Veranstaltungen, Publikationen und zur Mitgliedschaft im Ost-Ausschuss finden Sie unter: www.ost-ausschuss.de

Brücke zu den Zukunftsmärkten

Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft

Kostenlose E-Mail-Dienste der Forschungsstelle Osteuropa und ihrer Partner auf www.laender-analysen.de

Belarus-Analysen

Die Belarus-Analysen bieten einmal alle zwei Monate eine Kurzanalyse zu einem aktuellen Thema aus Politik, Wirtschaft oder Kultur, ergänzt um Grafiken und Tabellen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de

Caucasus Analytical Digest

Der Caucasus Analytical Digest bietet einmal monatlich englischsprachige Kurzanalysen sowie illustrierende Daten zu einem aktuellen Thema. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Abonnement unter: <http://www.res.ethz.ch/analysis/cad/>

Polen-Analysen

Die Polen-Analysen bieten zweimal monatlich eine Kurzanalyse zu einem aktuellen Thema aus Politik, Wirtschaft oder Kultur, ergänzt um Grafiken und Tabellen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Abonnement unter: <http://www.deutsches-polen-institut.de/Newsletter/subscribe.php>

Russland-Analysen

Die Russland-Analysen bieten vierzehntägig eine Kurzanalyse zu einem aktuellen Thema, ergänzt um Grafiken und Tabellen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de

Russian Analytical Digest

Der Russian Analytical Digest bietet zweimal monatlich englischsprachige Kurzanalysen sowie illustrierende Daten zu einem aktuellen Thema.

Abonnement unter: <http://www.res.ethz.ch/analysis/rad/>

Ukraine-Analysen

Die Ukraine-Analysen bieten zweimal monatlich eine Kurzanalyse zu einem aktuellen Thema aus Politik, Wirtschaft oder Kultur, ergänzt um Grafiken und Tabellen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de

Zentralasien-Analysen

Die Zentralasien-Analysen bieten monatlich eine Kurzanalyse zu einem aktuellen Thema aus Politik, Wirtschaft oder Kultur, ergänzt um Grafiken und Tabellen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Abonnement unter: zentralasien-analysen@dgo-online.org

Bibliographische Dienste

Die vierteljährlich erscheinenden Bibliographien informieren über englisch- und deutschsprachige Neuerscheinungen zu Belarus, Polen, Russland, Tschechischer und Slowakischer Republik, Ukraine sowie zu den zentralasiatischen und kaukasischen Staaten. Erfasst werden jeweils die Themenbereiche Politik, Außenpolitik, Wirtschaft und Soziales.

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de